

PAZIFIK GESAMT

2009: Pacific Year of Climate Change

Nach dem „Pacific Year of the Reefs“ in 2008 lautet das Jahresthema in 2009 „Pacific Year of Climate Change“. Das gab das „South Pacific Regional Environment Programme“ (SPREP) bekannt, das für die Jahresprogramme verantwortlich zeichnet. SPREP bat die Pazifikstaaten, das Thema Klimawandel noch stärker in die Öffentlichkeit zu bringen und Kampagnen rund um den Klimaschutz zu starten. (http://www.sprep.org/climate_change/index.asp)

Tomeing spricht vor UN

Kurz nach seiner Einführung als neuer Kanzler der University of the South Pacific in Suva (Fidschi) reiste der Präsident der Marshallinseln, Litokwa Tomeing, nach New York, um bei der 63. Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Rede über u. a. die Bedrohung der pazifischen Inselwelt durch den Klimawandel zu halten. Tomeing fragte dabei die Delegierten der Staaten: *„If wars have been waged to protect the rights of people to live in freedom, and to safeguard their security, why will they not be waged to protect our right to survive from the onslaught of climate change?“*

Tomeing nutzte die Gelegenheit, um auf weitere Probleme der pazifischen Staaten aufmerksam zu machen, wie die weltweite Banken- und Finanzkrise, die auf den Marshallinseln dazu führte, dass aufgrund der hohen Ölpreise die letzten Brennstoffvorräte verbraucht sind und die nationale Fluggesellschaft ihre Flüge einstellen musste. Tomeing sprach sich außerdem für die volle Anerkennung Taiwans aus und plädierte dafür, Japan in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufzu-

nehmen. Er beendete seine Rede mit einem Appell zum Weltfrieden. Entgegen der zunächst geäußerten Absicht, die Rede in der marshallesischen Sprache zu halten, las Tomeing sein Manuskript übrigens auf Englisch vor. (*Marshall Islands Journal* 12.09.08, 10.10.08)

EU unterstützt SPC

Die Europäische Union (EU) wird die Pazifische Staatengemeinschaft in den nächsten fünf Jahren mit rund vier Millionen Euro unterstützen. Die Gelder werden direkt an das Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft (Secretariat of the Pacific Community, SPC) gezahlt. Sie dienen vor allem dem Ausbau von land- und forstwirtschaftlichen Projekten in den ländlichen Regionen der 14 Mitgliedsstaaten der Pazifischen Gemeinschaft. Ziel ist die Stärkung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum, um dem Verstärkungstrend entgegenzuwirken. Arbeitsplätze und Einkommensschaffende Maßnahmen sollen dem großen Ziel der Armutsbekämpfung in infrastrukturell schwachen Regionen dienen.

Die Unterstützung der EU fungiert unter dem Projekttitel „Facilitating Agricultural Commodity Trade“ (FACT). Ausführende Kraft ist das SPC. Gestärkt werden sollen zunächst Privatunternehmer im ländlichen Raum. Ihnen soll der Zugang zum Weltmarkt erleichtert werden vor dem Hintergrund einer besseren Integration in globale Handelsmärkte.

FACT ist nur eines der Projekte im so genannten „Pacific Plan“, einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie der pazifischen Inselstaaten für die nächsten Jahre. (*Fiji Times* 22.09.08, FACT Project Office online, <http://www.forumsec.org.fj/>)

Kanada sagt Hilfen für Klima-Kampf zu

Kanada hat den Entwicklungsländern in Afrika, der Karibik und dem Pazifik zusätzliche 100 Milli-

onen kanadische Dollar (ca. 63 Millionen Euro) für den Kampf gegen den Klimawandel zugesagt. Die Gelder kommen dem „Canada Climate Change Development Fund“ (CCCDF) zugute. Dieser bereits im Jahr 2000 gegründete und zunächst auf fünf Jahre befristete Fond wurde nun um weitere Jahre verlängert.

Zum Abschluss eines Gipfeltreffens französischsprachiger Länder in der Stadt Québec sagte der kanadische Premierminister Stephen Harper, dass gerade die am wenigsten entwickelten Inselstaaten in den o. g. Regionen von der weltweiten Erwärmung besonders betroffen seien. (<http://www.acdicida.gc.ca/CIDAWEB/acdicida.nsf/En/JUD-4189500-J8U>, dpa 20.10.08)

Staaten unterzeichnen Pacific Petroleum Project

Die Wirtschaftsminister der Mitgliedsstaaten des „Pacific Islands Forum“ (PIF) haben sich bei ihrem Gipfeltreffen „PIF Economic Ministers Meeting“ Mitte Oktober in Vanuatu auf ein „Memorandum of Understanding“ zur pazifikweiten Bevorratung großer Mengen an Erdöl entschlossen. Das so genannte „Pacific Petroleum Project“ sieht vor, dass die Mitgliedsstaaten des Forums den Bedarf an Brennstoffen gemeinsam decken, indem sie als Großeinkäufer auf dem Weltmarkt auftreten. Der Brennstoffvorrat soll dann individuell unter den Pazifikstaaten je nach Bedarf weiterverkauft werden. Vorteile des Großeinkaufs sind der günstige Preis bei großer Menge sowie Kostensenkungen bei Transport und Vertrieb. Eine speziell dafür ins Leben gerufene „Energiebehörde“ soll die Logistik übernehmen, die Verhandlungen führen und über die Sicherheit wachen. Die Behörde soll auch dafür sorgen, dass die Regeln der länderspezifischen „Regional Pacific Islands Energy Policy“ eingehalten werden.

Bereits seit drei Jahren diskutierten die Wirtschaftsminister des

PIF über ein derartiges Vorhaben, Auslöser der jetzt gefallenen Entscheidung war die globale Finanzmarktkrise. Die Staaten Nauru, Tuvalu und die Cookinseln unterschrieben das Abkommen unmittelbar im Anschluss an das Ministertreffen, weitere Staaten wie die Salomonen und Samoa warten noch auf die Zusage ihrer Regierungen. (RNZI 29.10., 30.10.08, Fiji Daily Post 01.11.08, Flash d'Océanie 14.10.08, <http://www.forumsec.org.fj>)

Tsunami-Trümmer auf Tonga entdeckt

Forscher haben auf Tongatapu, der Hauptinsel des Königreichs Tonga, die weltweit größten bekannten Felsbrocken gefunden, die von einem Tsunami ins Landesinnere geschleudert wurden. Manche Steine wiegen hunderte Tonnen, es muss sich also um eine gigantische Flutwelle gehandelt haben. Die Katastrophe muss sich vor einigen tausend Jahren abgespielt haben. Wahrscheinlich brach ein Unterwasservulkan aus, oder eine gewaltige Menge an Sediment kam in der Tiefe des Meeres ins Rutschen. Die Forscher haben nun sieben der größten Gesteinsbrocken genauer untersucht. Es handelt sich um Korallenbrocken, die zum Teil neun Meter in die Höhe ragen, rund 1.600 Tonnen wiegen und zwischen 100 und 400 Meter von der Küste entfernt im Landesinneren liegen.

Matthew Hornbach von der University of Texas vermutet, dass es sich um die weltweit größten bekannten Stücke handelt, die von einem Tsunami bewegt wurden. Er und seine Kollegen halten einen Tsunami für die mit Abstand wahrscheinlichste Erklärung für ihren Fund. Da die Inseln flach seien, könnten die Felsen nicht bergab gerollt sein. Außerdem bestünden sie aus dem gleichen Riffmaterial, das sich noch heute vor der Küste finde und deutlich vom vulkanischen Boden der Insel unterscheidet. Die Lage der Bruchstücke lasse vermuten, dass kein Erdbeben, sondern eine

Eruption oder ein Erdbeben unter Wasser die Monsterwelle ausgelöst habe. Eine Kette von Unterseevulkanen liegt rund 30 Kilometer westlich vor Tongatapu. Außerdem habe der Ausbruch des Vulkans Krakatau im Jahr 1883 gezeigt, dass ein solches Ereignis eine gewaltige Flutwelle verursachen könne. Bei dem Ausbruch des Krakatau töteten der bis zu 40 Meter hohe Tsunami sowie Asche und Gase aus dem Vulkan circa 36.000 Menschen. Das Studium der tonganischen Felsbrocken könne ein Weg zu besseren Statistiken über Mega-Tsunamis sein, erklärte Hornbach.

Die Tonganer haben übrigens eine ganz andere Erklärung für die Felsbrocken auf ihrer Insel: Sie wurden vom Gott Maui auf die Insel geschleudert bei dem Versuch, ein riesiges, menschenfressendes Huhn zu töten. (Spiegel online 26.09.08, mbe online)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Hochländer schließen Frieden

Rund 30 verfeindete Familiengruppen im Tari Distrikt in der Provinz Südliches Hochland haben ihre über 20-jährigen kriegerischen Auseinandersetzungen feierlich beigelegt. Der so genannte „Tari District Peace Deal“ kam zustande durch die Hilfe zahlreicher ehrenamtlicher Friedensberater. Die als „Young Ambassadors for Peace“ bekannte Gruppe unter Leitung der philippinischen Nonne Joy Balazo hatte bereits im Jahr 2005 mit friedensstiftenden Workshops in der Region begonnen. An den Workshops nahmen jeweils Mitglieder der verfeindeten Klane gemeinsam teil. Mit Hilfe von Mediation und der Schaffung „neutraler“ Gesprächsrunden gelang es den Freiwilligen nun, die

verschiedenen Gruppen zu versammeln und den Friedensvertrag anzunehmen.

Info: Die „Young Ambassadors for Peace“ (YAP) wurden 2001 von Joy Balazo gegründet. Ziel der Organisation ist es, durch die drei Methoden „Training – Networking – Movement“ Menschen in Friedensprozessen zu unterstützen. Die Mitarbeiter von YAP arbeiten ehrenamtlich. In ihren Workshops bieten sie keine Lösungen an, sondern ermächtigen die Teilnehmer, in einem gemeinsamen Prozess zum Friedensabschluss zu kommen. Die Organisation hat bereits mehrfach gute Erfolge erzielt, u. a. in Sri Lanka, Indonesien, den Salomonen, Burma und auf den Philippinen. (Radio Australia 07.10.08, http://www.uim.uca.org.au/yap2/yap/what_is_yap)

NGO rettet Regenwald

Die neuguineische Nichtregierungsorganisation (NGO) „Eco-Forestry Forum“ hat einen Prozess gegen den multinationalen Abholzungskonzern „Rimbunan Hijau“ gewonnen und damit den 800.000 Hektar großen Regenwald Kamula Doso vor der Abholzung gerettet. Seit mehr als zwei Jahren kämpfte die NGO vor Gericht gegen ein Urteil des Nationalen Gerichtshofs, dass Rimbunan Hijau im Wald von Kamula Doso in der Western Province Holz einschlagen darf. Die Regierung von Papua-Neuguinea hatte sich durch die Klageerhebung des Forums dermaßen unter Druck gesetzt gefühlt, dass sie sogar das Forstgesetz änderte. Dies sah bislang vor, dass das Forum als Nichtregierungsorganisation ein Mitglied der staatlichen Forstaufsichtsbehörde (National Forest Board) war. Unmittelbar nach Klageerhebung im März 2006 war das Forum qua Gesetzesänderung aus dieser Behörde verbannt worden. Nichtsdestotrotz kämpften die Mitarbeiter des Forums weiter vor Gericht gegen die Abholzung. Das Oberste Gericht des

Landes hob nun Ende Oktober das Urteil auf, dass Rimbunan Hijau ursprünglich die Konzession zum Holzeinschlag erteilt hatte. Kurz vor der entscheidenden Gerichtsverhandlung in Port Moresby gaben die Vertreter des malaysischen Konzerns zu, die Holzeinschlagsrechte illegal erworben zu haben. Die Firma hatte also zwei Jahre lang in dem Wissen prozessiert, dass sie die Konzession zum Holzeinschlag illegal über Bestechungsgelder erhalten hatte. Dieses Verhalten wurde ganz besonders von den drei Richtern kritisiert. Sie verurteilten den Konzern, dem Eco-Forestry Forum Schadensersatz zu zahlen.

Kenn Mondiai, der Vorsitzende des Forums, begrüßte die Urteilsverkündung. *„Die Entscheidung bestätigt die Anklage des Forums, dass der weit verbreitete illegale Holzeinschlag in Papua-Neuguinea von der Regierung und der Holzindustrie gefördert wird“*, erklärte Mondiai. Der Geschäftsführer des Forums, Thomas Paka, sagte, die Richter hätten mit ihrem Urteil bewiesen, dass sich auch die einfachen Leute in Papua-Neuguinea gegen Korruption erheben und einen Prozess gewinnen könnten.

Info: Das Eco-Forestry Forum wurde 1999 von sieben lokalen Nichtregierungsorganisationen gegründet, mittlerweile gehören ihm 12 Organisationen an. Das Netzwerk wurde geschaffen, um sich auf nationaler Ebene abzustimmen und die staatliche Forstpolitik im Sinne von Nachhaltigkeit und Umweltschutz zu beeinflussen. Gefördert werden soll der sozial nachhaltige Umgang mit den tropischen Regenwäldern des Staates, wobei vor allem die Interessen armer Menschen und indigener Landeigner berücksichtigt werden sollen.

Das Eco-Forestry Forum wird vom Evangelischen Entwicklungsdienst EED finanziell unterstützt. (ABC online 31.10.08, Pressemitteilung EED 29.1.0.08, <http://www.ecoforestry.org.pg/pressreleases/EFF%20response%20to%20RH.pdf>)

Grenzübergang zu Westpapua geschlossen

Der neuguineisch-indonesische Grenzübergang Wutung in der Sandaun-Provinz (West Sepik) ist Mitte Oktober für den allgemeinen Grenzverkehr geschlossen worden. Sakawar Kasieng, Oberbefehlshaber der Provinzpolizei in der Sandaun-Provinz, sagte, Grund für die Schließung sei der Verdacht der Behörden auf Goldschmuggel zwischen Papua-Neuguinea und der indonesischen Provinz Westpapua. Man vermutete, dass die kürzlich von der „Metals Refinery Operations“ in Port Moresby gestohlenen Goldbarren über die Grenze nach Westpapua geschmuggelt werden könnten, um sie dort gegen Waffen einzutauschen. Die Polizei in Vanimo (früher: Finschhafen) konnte bereits einen neuguineischen Soldaten und zwei Polizisten festnehmen, die in den illegalen Grenzschmuggel verwickelt sein sollen.

Kasieng sagte ferner, man sei mit den indonesischen Kollegen überein gekommen, dass sich nur einen Kilometer hinter der Grenze befindliche Shopping-Center in Ruko weiter landeinwärts nach Abepura zu verlegen. Das Rieseneinkaufszentrum verleite gerade junge Männer, die Grenze zu überqueren und im Zentrum „abzuhängen“, anstatt sich um ihre Gärten zu kümmern. Die Neuguineer kauften indonesische Produkte in Ruko günstig ein und verkauften sie teurer in PNG. Das sorgte für Unmut und Unfrieden, zumal übermäßiger Alkoholkonsum dazukomme.

Bis auf weiteres dürfen nur Inhaber eines gültigen Reisepasses mit einem berechtigten beruflichen Interesse den Grenzübergang bei Wutung benutzen. (Post-Courier 23.10.08, <http://www.customs.gov.pg>)

One Laptop per Child-Projekt gestartet

Die Initiative „One Laptop per Child“ (OLPC) ist seit Juni 2008 mit einem Modellversuch an der Dreikikir-Grundschule in der Provinz East Sepik auch in Papua-Neuguinea gestartet. Die Schule wurde vom EU-finanzierten „Rural Primary Education Facilities Project“ aus insgesamt 29 Schulen ausgewählt, die sich für das Bildungsprogramm beworben hatten. Als Begründung für die Auswahl der „Dreikikir Admin Primary School“ nannte man die Lage der Schule im ländlichen Raum mit mittelguter Anbindung an die städtische Infrastruktur. Dreikikir liegt rund vier Fahrstunden von der Provinzhauptstadt Wewak entfernt.

47 Laptops wurden an Lehrer und Schüler verteilt, beide Gruppen nahmen an Workshops zur Bedienung des Rechners teil. Benötigt würden allerdings über 500 Laptops, um den Bedarf von einem Rechner pro Kind zu decken. Bislang gibt es noch keinen Internetzugang an der Schule, doch baut die Mobilfunkgesellschaft Digicel gerade ihr Netz von Wewak aus nach Dreikikir aus.

Vizepremierminister Dr. Puka Temu erklärte, das OLPC-Projekt solle nach seinem ersten Erfolg in Dreikikir landesweit eingeführt werden. Papua-Neuguinea müsse dafür mit Kosten in Höhe von 58 Millionen US Dollar rechnen. Bereits im nächsten Monat sollen weitere 200 Laptops in Port Moresby zum Einsatz kommen. Mit der Einführung des Projektes erfülle man eine der Vorgaben der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, den Anteil der ländlichen Bevölkerung an Bildungsprogrammen bis 2015 zu steigern, erklärte Temu.

Info: OLPC wurde von Professor Nicholas Negroponte vom amerikanischen „Massachusetts Institute of Technology“ (MIT) gegründet. Die Nichtregierungsorganisation wird von AMD, Brightstar

Corporation, Ebay, Google, Marvell, News Corporation, SES, Nortel Networks und Red Hat unterstützt. Jede dieser Organisationen hat der OLPC zwei Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Damit wird ein speziell für Kinderbedürfnisse konstruierter handlicher Laptop namens XO-1 hergestellt und überwiegend in Schwellen- und Entwicklungsländern zu einem Preis von unter 100 US Dollar vertrieben.

OLPC wurde nach Abschluss eines Forschungsprojekts am MIT Media Lab gegründet. Das Projekt versteht sich als Bildungsprojekt für die Allgemeinheit. Alle interessierten Menschen sind eingeladen, sich an dem laufenden Projekt zu beteiligen. Als Open Source-Projekt stellt OLPC die seit Projektstart im Jahr 2005 entwickelte Software der Allgemeinheit als freie Software uneingeschränkt und kostenlos zur Verfügung. Damit steht es jedem frei, sie weiterzuentwickeln und an spezifische Bedürfnisse anzupassen.

Der Leitgedanke der Initiative ist es, den robusten Computer zu einer freien Wissensdatenbank und zu einem kindgerechten und vielseitigen Lernwerkzeug für die Schule umzugestalten und zusätzlich den Zugang zu modernem Wissen über digitalisierte, vielfältige Medien aller Art zu ermöglichen. Der Schülerlaptop soll die Grundlage für so genanntes E-Learning sein. Der Computereinsatz im Rahmen von E-Learning erforderte eine Umgestaltung des Laptops zu einem Lernwerkzeug. Dazu wurden sowohl die Hardware als auch die Software für die Anforderungen und Bedürfnisse von Schülern maßgeschneidert.

Der Laptop soll sowohl neues Kommunikationsmedium, als auch integriertes Medium für den regulären Unterricht sein. Er kann zum Lesen eines Buches oder als modernes Kommunikationsmittel (netzbasiertes Videogespräch, Telefongespräch, Chat) verwendet werden. Der Rechner ermög-

licht auch die spontane Bildung von Lernteams, indem sich die Computer auf Anforderung seiner Nutzer selbständig miteinander vernetzen.

Der Lerncomputer soll Plattform unterschiedlicher Lernkonzepte und Unterrichtsmethoden sein, wobei im Rahmen des Projektes die Konstruktivistische Didaktik im Vordergrund steht. Nach diesem Konzept von Seymour Papert muss der Lehrer Schülern das Konzept selbständigen Lernens beibringen. Alternativ dazu soll er in seinem Unterricht weiterhin auf Konzepte klassischer Unterrichtsmethoden bis hin zum Frontalunterricht zurückgreifen können.

Die Zielgruppe des Gerätes sind Schüler aus Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern. Als gemeinnützige Gesellschaft ist OLPC nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. Die durch eine hohe Stückzahl erreichte Verringerung der Produktionskosten wird unmittelbar an die Abnehmer weitergereicht.

Neben der Verbesserung der Schulausbildung ist es ein weiteres Ziel dieses Projekts, die wachsende digitale Kluft („digital divide“) der Industrieländer gegenüber den Entwicklungs- und Schwellenländern langfristig zu schließen. Durch seinen geringen Preis soll der Laptop möglichst allen Bevölkerungsschichten den Zugang in das Internet und damit zu modernem Wissen ermöglichen. Wissen soll für alle zugänglich sein und dadurch Bildung ermöglichen. Das Projekt wird daher von den Vereinten Nationen unterstützt. (*The National* 06.10.08, <http://de.wikipedia.org/wiki/100-Dollar-Laptop>, http://wiki.laptop.org/go/OLPC_Papua_New_Guinea/Dreikirir_Report_June_08)

11 Tote durch Typhus-Epidemie

Eine Typhus-Epidemie in der Provinz Morobe hat bereits elf Menschen das Leben gekostet. Hun-

derte Erkrankte kamen auf der Suche nach medizinischer Hilfe in das einzige Gesundheitszentrum der Region in Watut. Da das Gesundheitszentrum nicht zur Aufnahme von Patienten geeignet ist, müssen die Menschen krank nach Hause geschickt werden. Die Betreuer des Zentrums beklagten sich gegenüber dem für die Region Bulolo zuständigen Parlamentarier Sam Basil auch über den eklatanten Medikamentenmangel. Das zur Behandlung von Typhus benötigte Chloramphenicol ist bereits ausgegangen. Basil versprach schnelle Hilfe im Rahmen des erst kürzlich gegründeten Programms „Bulolo District Mobile Health“. Medizinisches Personal werde umgehend mit Medikamenten in die betroffenen Typhus-Gebiete kommen, um die Epidemie unter Kontrolle zu bringen.

Die Mitarbeiter des „Aid Post“ in Watut führen die Epidemie auf verunreinigtes Fleisch zurück, dass auf dem Markt von Watut verkauft wurde.

Info: Typhus wird durch Bakterien verursacht. Die Erreger werden auf fäkal-oralen Weg über verunreinigte Nahrungsmittel (v. a. ungewaschene Früchte, Gemüse, Milchprodukte, Fleisch) als auch durch Trinkwasser (bei schlechten hygienischen Verhältnissen) aufgenommen. Jährlich erkranken rund 17 Millionen Menschen an Typhus, 600.000 sterben daran. (*Post-Courier* 15.10.08, <http://www.fit-for-travel.de>)

Regierungsfernsehen nimmt Probetrieb auf

Pünktlich zum Unabhängigkeitsjubiläum am 16. September ist der regierungseigene Fernsehsender „National Television Station“ (NTS) für einige Stunden auf Sendung gegangen. In einer ersten Testphase des 12 Millionen Kina schweren Projektes konnten zunächst nur die Einwohner der Städte Wewak, Mount Hagen, Lae, Kokopo, Goroka und Port Moresby das Programm verfol-

gen. Bevor der Sender ein regelmäßiges Programm anbieten kann, muss zunächst das Sendestudio eingerichtet werden. Der technische Aufwand hält sich in Grenzen, da es sich um ein Internetfernsehen handelt, d.h. die Übertragung des Programms erfolgt über das Internet. Die Übertragung wird über Video-Streams realisiert, Grundlage dafür bieten die Technologien auf Basis von Streaming Media. Da Internet-TV das Internet als Transportkanal nutzt, kann ein Internet-TV-Anbieter keine Übertragungsqualität garantieren. Menschen in den ländlichen Regionen Neuguineas ohne Internetanschluss werden den regierungseigenen Kanal also nicht empfangen können.

Der für das Internetfernsehen zuständige Techniker, Noel Mobiha, sagte jedoch im Gespräch mit der Tageszeitung Post-Courier, in einer zweiten Phase des Projektes sollten auch Bewohner ländlicher Gegenden über die kabellose Übertragungstechnik Wireless-Lan von dem Fernsehsender profitieren können. Dies könne allerdings noch Jahre dauern. (*Post-Courier 15.09.08, Asia Pulse Data Source 16.09.08*)

Universität verbietet Alkoholkonsum

Ab sofort ist der Genuss alkoholhaltiger Getränke an der „University of Technology“ in Lae verboten. Alkoholkonsum auf dem Universitätscampus führt zum sofortigen Ausschluss von der Uni. Das gab Allan Sako, Leiter des Studentensekretariats, Ende Oktober bekannt. Hintergrund des Erlasses ist der jüngste Todesfall auf dem Unigelände. Ein Student starb bei einem gewalttätigen Zusammentreffen miteinander verfeindeter Studentengruppen aus den Regionen Hochland und Sepik. Die beiden Studierendengruppen stritten über die Termine für ihre jeweiligen Jahresabschlussfeiern. Nach einem heftigen Trinkgelage kam es zu einem Kampf, bei dem der junge Mann

ums Leben kam. Das Alkoholverbot bezieht sich auf das gesamte Campusgelände, also sowohl auf die Unterrichtsgebäude als auch auf die Studentenwohnheime sowie auf die Grünflächen. (*ABC online 28.10.08*)

Illegale Arbeiter gefasst

In einer konzertierten Aktion haben Mitarbeiter des Arbeits- und Außenministeriums in Kooperation mit der „Trans National Crime Unit“ 41 illegale Arbeiter aus China gefasst. Die Chinesen hatten sich auf der Flucht vor den Behörden in der „Malolo Lodge“ im Außenbezirk der Stadt Madang verschantzt. Es handelt sich um Minenarbeiter, die für die Firma ENFI in der Ramu-Nickel-Mine in der Basamuk-Bucht beschäftigt sind. ENFI ist eine Vertragsfirma des Minenbetreibers „China Metallurgical Construction Company“ (MCC).

Insgesamt konnten die Behörden in den letzten Wochen 104 illegale Arbeiter fassen. Die meisten Chinesen konnten die Untersuchungshaft nach Zahlung einer Kautionshöhe von 189.000 Kina durch die Firma ENFI wieder verlassen. Ihnen steht nun ein Gerichtsprozess vor dem District Court in Madang bevor, da sie das Arbeits- und Einreiserecht Neuguineas gebrochen haben.

Die illegal beschäftigten Chinesen waren auf Hinweise aus der Bevölkerung hin gefasst worden. Die meisten von ihnen waren im Besitz eines Geschäftsvisums (business visa). Damit ist nach dem „Foreign Employment Act“ im neuguineischen Recht zwar die Einreise ins Land möglich, nicht jedoch die Aufnahme einer bezahlten Berufstätigkeit. Dafür ist die Erteilung einer speziellen Arbeitserlaubnis (work permit) nötig. (*Post-Courier 05.11.08*)

China unzufrieden mit dem Vorankommen des Ramu-Nickel-Projektes

Das Ramu-Nickel-Projekt ist fünf Monate mit seinem Arbeitsplan im Rückstand. Der Hauptbetreiber der Mine, das chinesische Staatsunternehmen MCC Ramu Nico Ltd., klagt über Verzögerungen bis zu einem Jahr, weil Visa und Arbeitserlaubnisse nicht erteilt werden. Anfang November trafen sich daher Regierungs- und Unternehmensvertreter, um jede weitere Verzögerung zu unterbinden, da nun die Regenzeit in Papua-Neuguinea beginnt und viele Arbeiten dadurch zusätzlich behindert werden.

In einem Brief an die Mineralstoffbehörde beschwerte sich Ramu Nico über das langsame Vorankommen von Seiten der papua-neuguineischen Behörden. Verzögerungen würden vor allem durch die Suche nach illegalen Arbeitskräften aus China entstehen. Laut Vertrag mit der Regierung von Papua-Neuguinea sei jedoch ein reibungsloser Ablauf vereinbart, der auch die Arbeitsbedingungen regle. Die Arbeitsbeschreibungen für Arbeiter aus China seien festgelegt. Trotzdem sei zwischen Januar und Juli 2008 keine Arbeitserlaubnis erteilt worden, klagt MCC Nico weiter. Die Konsequenz sei, dass die Projektkosten in die Höhe getrieben würden, es zu Zeitverzögerungen käme und die chinesischen Technokraten, die mit der Auffassung ins Land gekommen seien, einen Fortschritt für Papua-Neuguinea zu bringen, demoralisiert würden, so ein chinesischer Offizieller während des Gesprächs mit der Regierung.

Es sei lächerlich, dass chinesische Arbeiter, die als Ingenieure ins Land kämen, nun als Reinigungskräfte auf dem Gelände arbeiten müssten. „Glauben die Leute, dass wir matschig im Kopf sind, die ausländischen Arbeiter um die halbe Welt zu fliegen, um dann den Fußboden zu reinigen?“ fragt MCC Nico in dem Brief wei-

ter. Die Vorsicht der PNG-Regierung im Umgang mit Arbeitskräften und Gütern aus China ist jedoch nicht unbegründet, gab es speziell im vergangenen Jahr einige Fälle, wo mutmaßlich illegal Waren und Arbeiter von MCC nach Papua-Neuguinea gebracht wurden. Damals verlangte die Provinzregierung in Madang eine gründlichere Überprüfung, was die Einfuhr von Arbeitskräften und Waren betrifft. Dass die Mine bald einen eigenen Hafen in der Basamuk Bay nahe Madang haben wird, erleichtert die staatliche Kontrolle nicht.

Das Ramu Nickel Projekt will seine Produktion 2009 aufnehmen. Wenn es jedoch zu weiteren Verzögerungen kommt, kann sich der Abbau der Bodenschätze zeitlich weiter verschieben. Das Projekt ist umstritten, da zu befürchten ist, dass es zu massiven Umweltschäden insbesondere für das maritime Ökosystem der Astrolabe Bay, zu Einbußen in der Tourismusindustrie in Madang und zu sozialen und wirtschaftlichen Problemen für die einheimische Bevölkerung in der Region kommen kann neben vielen anderen Problemen v. a. in Bezug auf Landrechtsfragen. (Artikel von Katja Göbel. Quellen: Post-Courier 10.11.08, eigene Recherche)

Injia zum obersten Richter berufen

Sir Salamo Injia ist Mitte November zum obersten Richter (Chief Justice) des Bundesgerichtshofes berufen worden. Richter Injia übernimmt das Amt von Sir Mari Kapi, der freiwillig aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat. Premierminister Sir Michael Somare sagte, man habe sich für Injia aufgrund seiner langjährigen Erfahrung und seines großen Engagements für die Jurisdiktion in Papua-Neuguinea entschieden.

Injia stammt aus der Provinz Enga. 1982 bestand er sein Juraexamen an der Universität von Papua-Neuguinea. Er hat außerdem

einen Masterabschluss der amerikanischen „Harvard Law School.“ Seit 2003 war er bereits stellvertretender oberster Richter am Gerichtshof. Injia wurde zunächst für eine Amtszeit von zehn Jahren berufen. (ABC 12.11.08, Post-Courier 12.11.08)

Premierminister unterstützt Bibliothek

Premierminister Sir Michael Somare hat die nach ihm benannte „Michael-Somare-Bibliothek“ an der Universität von Papua-Neuguinea in Port Moresby mit 100.000 Kina unterstützt. Somare überreichte den symbolischen Scheck an den Kanzler der Universität, Stephen Pokawin. Mit dem Geld sollen Bücher angeschafft werden, die nicht nur den Studenten zugute kommen sollen, sondern auch der allgemeinen interessierten Öffentlichkeit. Somare sagte, Lesen dürfe nicht nur eine Kulturtechnik der Akademiker sein, sondern sollte alle Menschen interessieren. Der sich selbst als „enthusiastischer Leser“ bezeichnende Somare erklärte weiter, es sei an der Zeit, dass die Geschichte Neuguineas wissenschaftlich aufgearbeitet werde. Er werde in Zukunft Stipendien für Historiker zur Verfügung stellen. Diese könnten dann in der Bibliothek forschen.

Kanzler Pokawin erklärte, die dringend benötigte Spende des Premiers würde auch zur Verbesserung der Alarmanlagen genutzt. Auch werde man den universitätseigenen Verlag „UPNG Press“ finanziell unterstützen. (Wantok 29.09.08)

BOUGAINVILLE

Präsidentchaftswahlen im Dezember

Die autonome Region Bougainville wird ihren nächsten Präsidenten im Dezember des Jahres wählen. Das gab der Wahlbeauftragte

Mathias Pihei bekannt. Über die Kandidaten können die Wähler zwischen dem 6. und dem 20. Dezember abstimmen.

Die Präsidentschaftswahlen sind notwendig geworden, weil Präsident Joseph Kabui überraschend im Juni verstorben war. Da Kabui gleichzeitig im Nationalparlament von Port Moresby den Sitz für den Ramu-Bezirk innehatte, wird bei den Wahlen sowohl ein neuer Präsident als auch ein neuer Parlamentarier für Ramu gewählt. Das Wahlergebnis soll am 31. Dezember verkündet werden.

Die Regierung von Papua-Neuguinea unterstützt diese Ersatzwahlen finanziell mit 3,6 Millionen Kina. (Post-Courier 07.11.08, Radio Australia 07.11.08)

Neue Flugroute geplant

Der Betreiber einer privaten australischen Fluggesellschaft, Flugkapitän Bob Keys aus Sydney, plant die Aufnahme von Flügen zwischen Sydney (Australien), Honiara (Salomonen) und Buka (Bougainville). Keys reiste zu Gesprächen nach Buka und traf sich dort mit den Ministern der autonomen Provinzregierung. Keys ist Besitzer der „Solomon Sea Plane Limited“, die bisher die Route Honiara-Sydney betreibt. Bougainville betrachtet er als attraktiven Standort für die Ausweitung des Flugverkehrs. Der amtierende Vizepräsident der Autonomen Regierung, Mathias Sale, äußerte sich hoffnungsvoll über die Pläne des Privatiers. Sollten Flüge aus Australien nach Bougainville möglich sein, würde das ein enormes Wachstum im Tourismussektor nach sich ziehen, erklärte Sales. Man werde nun Gespräche mit der Behörde für zivile Luftfahrt in Port Moresby aufnehmen. (The National 02.12.08)

SALOMONEN

Pazifikweit höchste Kindersterblichkeit

Die Salomonen haben pazifikweit die höchste Kindersterblichkeitsrate. Zu diesem Ergebnis kommt der Anfang November in der salomonischen Hauptstadt Honiara vorgestellte „State of Asia-Pacific's Children Report 2008“ des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF). Der Bericht wurde von der UNICEF-Regionaldirektorin für Ostasien und den Pazifik, Frau Anupama Rao Singh, der Öffentlichkeit vorgestellt.

Demnach sterben 55 von 1.000 lebend geborenen Kindern bei oder kurz nach der Geburt. Die Sterblichkeitsrate bei den unter 5-jährigen Kindern beträgt sogar 73 pro 1.000 Kinder. Die Zahlen haben sich im Vergleich zur letzten Untersuchung aus dem Jahr 2006 kaum verbessert. Gerade bei Kleinkindern sei keine ausreichende Besserung von Gesundheitsfaktoren zu erkennen, erklärte Singh. Besonders problematisch sei – nicht nur auf den Salomonen, sondern im gesamten Pazifik- der neue Trend von aus Industriestaaten importierten kalorien- und fettarmen Diäten. Gerade Kleinkinder riskierten mit solchen Diäten, zu wenig Vitamine und Mineralien aufzunehmen, die sie für ihr Wachstum und ihre gesunde körperliche Entwicklung benötigten.

Die Pazifikinsulaner seien außerdem extrem anfällig für die Konsequenzen des globalen Klimawandels wie etwa heißere Sommer, längere Dürren, Versalzung von Trinkwasser und „ungesunde“ Nahrungsmittelimporte aus Industrienationen, erklärte Frau Singh. Der vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen vorgelegte Bericht untersuchte die gesundheitliche Situation von rund einer Million Kindern in 14 pazifischen Inselstaaten. Laut dieser aktuellen Studie wird es den Salomonen bis 2015 nicht gelingen, die Kinder-

sterblichkeit zu reduzieren, wie eigentlich in den acht Entwicklungszielen der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 gefordert. In diesen „UN-Millennium Goals“ wird eine Senkung der Kindersterblichkeit von unter 5-jährigen um zwei Drittel im Zeitraum 1990 bis 2015 gefordert. (*Radio NZ International 10.11.08, <http://www.unicef.org>*)

Klimaflüchtlinge werden umgesiedelt

Nachdem Papua-Neuguinea bereits mit der Umsiedlung der rund 3.200 Bewohner des Carteret-Atolls nach Tinupuz auf der Insel Bougainville (PNG) begonnen hat, müssen nun auch die ersten Bewohner der Salomonen vor den Auswirkungen des globalen Klimawandels flüchten. Der staatliche Rundfunk des melanesischen Inselstaates berichtete Anfang November, dass im März 2009 zunächst 30 Familien aus der Provinz Malaita nach Bougainville umgesiedelt werden sollen. Ihre Häuser wurden durch die Zunahme von Sturmfluten ständig überflutet, der Boden ist durch die Versalzung des Trinkwassers nicht mehr mit Nahrungspflanzen zu bewirtschaften.

Die Salomonen wurden im April 2007 von einem schweren Erdbeben erschüttert, das einen Tsunami auslöste. Mehr als 50 Menschen starben, hunderte Häuser wurden zerstört. (*dpa 08.11.08*)

16 Aktionstage gegen Gewalt

Vom 25. November bis zum 10. Dezember haben sich die Salomonen an der weltweiten Aktion „16 days of activism against domestic violence“ beteiligt. 16 Tage lang sollte öffentlich über das Thema „häusliche Gewalt“ diskutiert werden. Es gab dazu Workshops und Vorträge, Organisationen stellten ihre Programme vor.

Der Koordinator der „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI), Tim George, begrüßte die Teilnahme an der Aktion. Häusliche Gewalt gegen Frauen müsste endlich auf allen Ebenen öffentlich diskutiert werden. Bei der Bekämpfung der Gewalt seien vor allem die Männer gefragt, die überwiegend als Gewalttäter im familiären Umfeld in Erscheinung treten.

Info: Die „16 days of activism against domestic violence“ wurden 1991 vom „Women's Global Leadership Institute“ ins Leben gerufen. Das Institut legte den Beginn der Aktionstage auf den 25. November, den Gedenktag der Vereinten Nationen gegen die (häusliche) Gewalt an Frauen und das Ende auf den 10. Dezember, den internationalen Gedenktag zum Schutz der Menschenrechte. Mit dem Projekt wollten die Gründerinnen einen Bogen schlagen zwischen der Gewalt an Frauen und der Einhaltung der Menschenrechte. Die Aktionstage finden jährlich in vielen Ländern der Erde statt und sind als Aufruf zur Ausrottung jeglicher Gewalt gedacht. Die Salomonen haben in diesem Jahr erstmals an der Aktion teilgenommen. (*RAMSI Press Release 01.12.08, <http://www.peacewomen.org>, <http://www.cwgl.rutgers.edu/wgli/home.html>*)

FIDSCHI

Qarases Klage abgewehrt: High Court legalisiert den Bainimarama Coup

Am 9. Oktober 2008 sprach der Präsident des Obersten Gerichtshofes von Fidschi, Anthony Gates, zusammen mit den Richtern John Byrne und Devedra Pathik das Urteil im Fall Laisenia Qarase (und andere) gegen Frank Bainimarama (und andere).

Der ehemalige Ministerpräsident Laisenia Qarase (2000-2006) stellte in dem wegweisenden Gerichtsverfahren den legalen Status des Bainimarama-Coups vom De-

zember 2006 sowie die nachfolgenden Maßnahmen des amtierenden fidschianischen Präsidenten Ratu Josefa Iloilo und dessen Machtbefugnisse hierzu in Frage. Iloilo erklärte damals den Staatsstreik als notwendig, unterstützte Bainimarama gegen die Qarase-Regierung und sprach allen Militärangehörigen, die an der Operation zur Regierungsübernahme beteiligt waren, ein Generalpardon aus.

Die Klage wurde jetzt in allen Punkten abgewiesen und somit der Bainimarama-Coup legalisiert.

[Anmerkung: Interessanterweise erklärte Anthony Gates noch in den Jahren 2000 und 2001 („Prasad“-Fall) den Coup von Georg Speight als illegal, die Verfassung des Jahres 1997 für intakt und die abgesetzte Chaudhry-Regierung, sowie den entmachteten Präsidenten Mara als legal gesehen immer noch im Amt.]

Auf Verwunderung stieß insbesondere die Begründung des Obersten Gerichts bezüglich der Entscheidung des Richters. Anthony Gates argumentierte, dass Präsident Iloilo im Sinne des ihm durch die Verfassung von 1997 (Sektionen 85, 86 und 87) und durch das ihm durch die britische Krone zustehende prärogative Recht in einer Krisensituation gehandelt habe. „Prärogative“ Rechte bezeichnen im eigentlichen Sinne spezifische Vorrechte von (europäischen) Monarchen, Gesetzesbeschlüsse oder andere Maßnahmen in Krisensituationen ohne Mitbestimmungsrechte von Volksvertretern durchzusetzen. Im Zuge der Kolonialisierung wurden diese prärogativen Rechte durch die britische Krone an alle Teile des Commonwealths übergeben.

Während eines Workshops zur Entscheidung des High Courts (abgehalten an der Australian National University in Canberra) wurden die Ereignisse ausführlich und kritisch diskutiert. Kontrovers gesehen wurde insbesondere die potentielle Machtfülle, die durch prärogative Rechte in der Person

des Präsidenten vereint wird. Graham Leung, ein bekannter und systemkritischer Anwalt aus Fidschi, stellte in diesem Zusammenhang die Entscheidungshoheit und die Zurechnungsfähigkeit des 87-jährigen Präsidenten in Frage, da dieser schwer an Parkinson erkrankt ist. Leung bezeichnete Iloilo als Spielball des Militärregimes, der aufgrund seiner traditionellen Stellung in der Gesellschaft als hochrangiger Häuptling nicht kritisiert wird. Ein weiterer Sprecher machte deutlich, dass man durch diese Rechtsprechung auf klare koloniale Mechanismen zurückgegriffen habe und dass prärogative Rechte zum ersten Mal als Legitimierung eines Staatsstreiches verwendet wurden. Gerechterweise muss hinzugefügt werden, dass die Diskussion recht einseitig ausfiel, wurden doch nur Regimegegner als Sprecher eingeladen. Der fidschianische Hochkommissar in Australien, Herr Kamlesh Kumar Arya, wurde darüber hinaus mehrfach von anwesenden Gästen verbal angegangen. Im Zuge dieser wissenschaftlichen Diskussionsrunde wäre eine ausgewogenere Sicht der Dinge wünschenswert und möglicherweise fruchtbarer gewesen. *(Artikel eines Pazifik-Netzwerk-Mitglieds. Quellen: <http://www.fijitimes.com>, <http://pidp.eastwestcenter.org/pireport/2008/October/10-09-up.htm>, Panel Discussion: Courts and Coups. Fiji's October 2008 High Court Judgement in the Qarase vs. Bainimarama Case, 21.10.2008, Australian National University, Canberra)*

Botschafter eingeführt

Der amerikanische Botschafter Steven McGann ist Ende Oktober in Suva eingetroffen. Er vertritt ab sofort die amerikanischen Interessen in den Pazifikstaaten Fidschi, Nauru, Tonga, Kiribati und Tuvalu. Amtssitz des Botschafters ist Fidschi. McGann wurde von Präsident George Bush berufen. Bis dato war er Direktor des „Bureau for East Asian and Pacific Affairs“, einer Einrichtung des amerikanischen Außenministeriums für die amerikanisch-pazifischen Beziehungen. Hier zeichnete er für die

Sicherheit auf See und die Menschenrechtssituation in Nord-Korea verantwortlich.

In seiner Antrittsrede versprach McGann, sich besonders für den Einsatz erneuerbarer Energien auf den Inseln einzusetzen, wie Solar, Wind- und Wellenenergie. Umweltschutz verstünde er als wichtigen Bestandteil seines Portfolio, so der Botschafter. Auf politischer Ebene wolle er dazu beitragen, Fidschi auf den Weg der Demokratie zurückzuführen. Ein besonderes Anliegen sei ihm dabei auch die Unterstützung der fidschianischen Zivilgesellschaft. *(Fiji Times 27.10.08, <http://www.state.gov/r/pa/ei/biog/111302.htm>)*

Kind begeht Suizid

Der achtjährige Indu-Fidschianer Ashneel Anish Kumar ist das bis dato jüngste Suizidopfer in Fidschi. Der Junge hatte sich an einem Baum vor seinem Elternhaus in Rakirakilevu nahe der Stadt Sigatoka erhängt.

Die Psychotherapeutin Selina Kuruca sprach von einem „Weckruf“ an die Eltern und Lehrer. Sie sagte, ihr seien Suizidfälle eines Neun- sowie eines Elfjährigen bekannt, die sich beide aus Angst vor Schulprüfungen getötet hätten. Eltern und Lehrer müssten enger kooperieren, um erste Anzeichen einer drohenden Depression zu erkennen. Schul- und Prüfungsangst dürften nicht unterschätzt werden.

Die Menschenrechtskommission von Fidschi („Fiji Human Rights Commission“) erklärte, Fidschi habe eine der höchsten Suizidraten weltweit. Allein im vergangenen Jahr waren 170 Opfer zu beklagen, rund 40 % davon in der Altersgruppe der 16- bis 25-jährigen. Studien der Kommission hätten zudem ergeben, dass Frauen indischer Abstammung fünfmal gefährdeter seien als Frauen fidschianischer Herkunft, Selbstmord zu begehen.

Der Interims-Bildungsminister Filipe Bole äußerte sich besorgt über die hohe Suizidrate bei jungen Menschen. Das Ministerium appellierte an alle Eltern, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen und Probleme direkt anzusprechen. Junge Menschen müssten lernen, mit Schwierigkeiten klar zu kommen, dazu müssten sie von Eltern und Lehrern unterstützt werden, forderte Bole. (*Fiji Times* 10.11.08, *Fiji Daily Post* 12.11.08)

Einwohnerzahlen veröffentlicht

Das Nationale Statistikamt hat Mitte Oktober die aktuellen Einwohnerzahlen für Fidschi bekannt gegeben. Von den insgesamt 837.271 Einwohnern sind 475.000 indigene Fidschianer und 315.500 Indu-Fidschianer. 51% der Bevölkerung lebt im städtischen Umfeld. Bei der letzten Volkszählung im Jahr 1996 zählte man noch 775.000 Menschen. Nach Angaben des Statistikamtes ist das Bevölkerungswachstum im Vergleich zu anderen pazifischen Staaten eher gering. (*Flash d'Océanie* 17.10.08)

VANUATU

Neue Regierung gewählt

Am 22. September wählten die Ni-Vanuatus den 54-jährigen Edward Natapei von der Vanua'aku Pati zum Premierminister. 27 der insgesamt 52 Parlamentarier des Einkammersystems stimmten für Natapei. Sein Gegenkandidat Maxime Carlot kam auf 25 Stimmen. Die Parlamentarier wählten außerdem George Wells von der National United Party zum Parlamentspräsidenten.

Natapei bestimmte seinen Amtsvorgänger Ham Lini von der National United Party zu seinem Stellvertreter. Zum Finanzminister ernannte er Parteikollege Sela Molisa, Außenminister wurde Pakoa Kaltonga, ebenfalls Vanua'aku Pati. Der parteilose Don Ken wur-

de zum Minister für Jugend und Sport ernannt. Der zunächst zum Justizminister ernannte Joshua Kalsakau (Vanuatu Labour Party) wurde wenig später vom Amt suspendiert, nachdem er mit Bestechungszahlungen im Vorwahlkampf in Verbindung gebracht werden konnte. Statt seiner erhielt Ham Lini das Justizministerium als zweites Portfolio. Seit Amtsantritt hat Edward Natapei bereits zwei Misstrauensvoten erfolgreich überstanden.

Info: Vanuatu ist eine parlamentarische Republik mit einem Präsidenten als Staatsoberhaupt. Der Präsident, der hauptsächlich repräsentative Funktionen ausübt, wird alle fünf Jahre von einem gemeinsamen Gremium aus Mitgliedern des Parlaments und den Präsidenten der Regionalparlamente gewählt. Seit dem 16. August 2004 ist Kalkot Matas Kelekele Präsident. Die nächsten Präsidentschaftswahlen finden in 2009 statt.

Edward Nipake Natapei Tuta Fanua'ariki war bereits von 2001 bis 2004 Premierminister des Inselstaates mit seinen rund 209.000 Einwohnern. (*Vanuatu Daily Post*, *Flash d'Océanie* 22.09.08, *CIA World Factbook*, *Wikipedia*, <http://www.governmentofvanuatu.gov.vu/>)

KANAKY (NEUKALÉDONIEN)

Bankenrückzug aus Minen-Finanzierung

Die amerikanische Bank „Lehman Brothers“ und die „Hong-King and Shangai Banking Corporation“ (HSBC) mussten sich aus der Finanzierung einer der größten Nickelminen der Welt im Norden der neukaledonischen Hauptinsel Grande Terre zurückziehen. „Lehman Brothers“ hat als Folge der amerikanischen Finanzkrise im September 2008 Insolvenz angemeldet.

Die bankrotten Banken waren Teilhaber an der pazifischen Mi-

nenbetreibergesellschaft „Société Minière du Sud Pacifique“ (SMSP), die in Kooperation mit dem Schweizer Bergbaukonzern Xstrata zurzeit die Mine in Koni-ambo baut. Voraussichtlich in 2011/2012 soll diese Nickelmine ihren Betrieb aufnehmen.

SMSP-Vorstandsvorsitzender André Dang sagte, die Tatsache, dass Xstrata eine Garantie zur Inbetriebnahme der Mine erteilt habe, stimme ihn trotz des Rückzugs der beiden Banken optimistisch. SMSP hält 51 % Anteile am Koni-amba-Projekt. SMSP hat just in diesen Tagen ebenfalls 51 %-tige Anteile an einem Minenprojekt im koreanischen Gwangyang erstanden, dass der Konzern gemeinsam mit dem koreanischen Stahlerzeuger Posco (Pohang Iron and Steel Company) betreiben will.

Hintergrund: Xstratas Koni-amba-Projekt, das der Schweizer Bergbaukonzern von der kanadischen Firma Falconbridge übernahm, wird zurzeit intensiv beobachtet und gerät zunehmend in die Kritik. Die Mine in der nördlichen Provinz soll eine der größten Minen der Welt werden. Die Gegend ist berühmt für die vielen endemischen Tierarten und beherbergt das weltweit größte Korallenriff mit einzigartigen Arten.

Das Koni-amba-Projekt wurde lange von den Kanaken unterstützt, da Falconbridge der von Kanaken angeführten Regierung der Nordprovinz eine 51 %-tige Beteiligung am Projekt anbot. Die Bewohner der Provinz betonten allerdings stets, dass sie das Minenprojekt nicht um jeden Preis durchführen wollten und dass Umweltschutz und Transparenz für sie zentrale Anliegen seien. Gegen diese beiden Grundprinzipien wird nun von Xstrata massiv verstoßen.

Das Minenprojekt kann nur durchgeführt werden, wenn gleichzeitig ein großer Hafen gebaut wird. Um diesen Hafen zu bauen, muss das Unternehmen das Korallenriff durchbrechen, wodurch Korallen zerstört würden, die über Jahr-

zehnte gewachsen sind und einzigartige Korallenarten vom Aussterben bedroht würden. Durch die Baggerarbeiten sollen neun Millionen Kubikmeter Sediment in der Lagune umgelagert werden. Sämtliche internationale Best-Practice Standards verlangen für Projekte dieser Größenordnung und mit derartigen Umweltauswirkungen ausgefeilte Umweltschutzmassnahmen, um den Einfluss möglichst klein zu halten und die Umweltauswirkungen überwachen zu können.

Xstratas Tochterfirma Koniambo Nickel SAS (KNS) beging den Fehler, der international tätigen Ingenieur- und Baufirma KBR, welche die Baggerarbeiten am Kanal durchführen wird, zusätzlich die Verantwortung für die Umweltüberwachung des Korallenriffs zu übergeben. Dieser doppelte Auftrag führt zu einem klaren Interessenskonflikt, der zu möglicherweise fatalen Folgen für das Korallenriff führen könnte.

Unabhängige Experten haben zudem die von KBR aufgestellten Überwachungsinstrumente am Meeresgrund untersucht. Sie kamen zum Schluss, dass von 14 Stationen nur eine der im Umweltplan des Koniambo-Nickel-Projekts aufgeführten Vorlagen Rechnung trägt. Zusätzlich wird durch die Art, wie KBR die Überwachungsinstrumente aufgestellt hatte, die Meeresumwelt in unnötiger und nicht akzeptabler Weise geschädigt. Bis auf eine verursachten alle Überwachungsstationen negative Auswirkungen auf die Korallen und andere Organismen des Meeresgrunds. Zahlreiche Überwachungsgeräte wurden in den lebenden Korallenkolonien verankert, obwohl sie in totem Korallenmaterial hätten verankert werden müssen. Zusätzlich zum durch den unprofessionellen Aufbau angerichteten Schaden führt die Platzierung an ungeeigneten Standorten dazu, dass keine zuverlässige Datenbasis für das Umweltmonitoring der Baggerarbeiten zur Verfügung steht. Diese Schlussfolgerungen werden durch

einen von 17 neukaledonischen Umweltorganisationen verfassten Bericht bestätigt.

Einen weiteren Fehler ließ sich die Firma KNS zu Schulden kommen, weil sie in Bezug auf die Baggerarbeiten jegliche Transparenz vermissen ließ. KNS hatte versprochen, dass alle Umweltberichte, inklusive der Rohdaten, durch die Vermittlung von Umweltorganisationen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollten. Durch die so genannte „Nordprovinz-KNS-Umweltcharta“ sollte so die Transparenz gewährleistet werden. Verschiedene lokale Umweltorganisationen beantragten seit September 2007 den Zugang zu nationalen und internationalen Expertenberichten bezüglich des Überwachungsprogramms im Korallenriff, von denen verschiedene Missachtungen der Umweltvorschriften dokumentierten. Obengenannte Berichte blieben jedoch bis heute unveröffentlicht. Höchstwahrscheinlich wird KNS in Kürze die Bauarbeiten am Kanal aufnehmen, wenn die Firma den Zeitplan einhalten will.

Eine weitere Schwachstelle in Xstratas Vorgehen war das Verschweigen des von den durch KBR installierten Überwachungsstationen ausgelösten Umweltschadens in ihrem Nachhaltigkeitsbericht von 2006, obwohl dieser Bericht sich zu bedeutenden Umweltrisiken äußert.

Der vorläufig letzte einer langen Reihe von Fehlern von Xstrata war es, den Umweltmanager von Koniambo zu entlassen, als dieser in Umweltbelangen seine Bedenken äußerte. Da Xstrata versuchte, das Problem zu vertuschen, anstatt die notwendigen korrigierenden Maßnahmen in Angriff zu nehmen, um die schon verursachten Schäden soweit wie möglich rückgängig zu machen, gefährdet Xstrata das sensible Ökosystem über Gebühr. Der Konzern setzt dabei auch das von der Kanak-Bevölkerung entgegengebrachte Vertrauen und die einstmalige breite Unterstützung des Projektes aufs

Spiel. (*Oceania Flash* 23.10.08, Wikipedia, Artikel von Catherine Coumans von Mining-Watch Canada auf http://www.askonline.ch/themen/dokumenten/Koniambo_Kanaky.pdf)

Erfolgreiche Probe-Wochenenden

In einem Versuch, Alkoholexzesse an den Wochenenden in der neukaledonischen Hauptstadt Nouméa einzudämmen, verhängten die Behörden in einem Modellversuch ein komplettes Alkoholverbot über die Hauptstadt. Von Freitagabend, 19 Uhr bis Sonntagnacht, 24 Uhr galt das Verbot des Alkoholausschanks und – verkaufs in allen Restaurants, Bars, Supermärkten und an Tankstellen. Das französische Hochkommissariat hatte sich entschlossen, das Alkoholverbot einige Wochenenden lang zu testen, nachdem Bürger sich wiederholt über Vandalismus und Straßengewalt durch alkoholisierte Menschen beschwert hatten. Der Sprecher des Hochkommissariats, Michele Lajus, zeigte sich begeistert von dem Versuch. Bei den 480 Kontrollen der Verkehrspolizei am ersten Test-Wochenende seien nur elf betrunkenere Fahrer aus dem Verkehr gezogen worden. An „normalen“ Wochenenden würden zwischen 50 und 70 Personen wegen Trunkenheit am Steuer verwarnt, bei besonderen Anlässen wie Festen stiege die Zahl der Alkoholsünder schon einmal auf 150 Personen, sagte Lajus. Die allgemein ruhigere und „sichere“ Situation auf den Straßen führte Lajus ebenfalls auf das Verbot zurück. Das Hochkommissariat führte nach dem ersten Erfolg kurzerhand drei weitere „Testläufe“ durch, noch ist die Entscheidung über ein generelles Alkoholverbot an Wochenenden jedoch nicht gefallen.

Nicht ganz so positiv bewertete der Sprecher der Kaufleute von Nouméa, Michel Lasnier, die Aktion. Er sagte, am ersten „Versuchswochenende“ habe es so viel geregnet, dass die Menschen einfach keine Lust gehabt hätten, durch die Straßen zu ziehen. Eini-

ge Wochenenden mit weniger Betrunkenen seien noch keine Erfolgsgarantie für den Plan der Regierung, das Verbot auf alle Wochenenden des Jahres auszuweiten, so Lasnier.

Laut einer Erhebung des Statistikamtes hat der Alkoholkonsum in Nouméa in den letzten 20 Jahren um 72 % zugenommen. In den 1980-er Jahren hatte es bereits einmal ein Wochenend-Alkoholverbot gegeben, das aber Anfang der 1990-er Jahre wieder ausgesetzt wurde. *(ABC online 30.09.08, 02.10.087)*

Frauen in hohe Ämter ernannt

Im Zusammenhang mit dem französischen Gesetz über die Gender-Gerechtigkeit und die so genannte „Frauenquote“ (Anmerkung der Red.: Seit neuestem müssen die Hälfte aller Ämter an Frauen vergeben werden) in hohen Regierungssämtern hat die französische Regierung unter Justizministerin Rachida Dati gleich drei Frauen in hohe Ämter berufen. Bereits im November 2007 wurde die 51-jährige Noëlle Deraime zur obersten Polizeichefin ernannt. Sie ist nun die erste Frau als Leiterin der Behörde für Innere Sicherheit in der neukaledonischen Territorialregierung.

Im März des Jahres übernahm die 57-jährige Annie Brunet-Furster das Amt der Staatsanwältin am Berufungsgericht in Nouméa.

Mitte Oktober nahm die 51-jährige Claire Lanet ihr Amt als Generalstaatsanwältin auf. Sie ist Nachfolgerin von Robert Blazer. Lanet hat die vergangenen vier Jahre in Französisch-Guayana gearbeitet. In ihrer Antrittsrede vor dem Obersten Gericht erklärte sie, ihre Prioritäten lägen in der Bekämpfung von häuslicher Gewalt und der Gewalt auf den Straßen. Obwohl sie erst kurze Zeit im Land sei, habe sie das Gefühl, dass die Menschen auf der Straße sich unsicher und bedroht fühlten. Das

wolle sie ändern. Sie werde auch das Bestrafungssystem mit eher unkonventionellen Methoden wie etwa Rehabilitations- und Wiedereingliederungsmaßnahmen nach verbüßten Gefängnisstrafen modernisieren, kündigte Lanet an. *(Oceania Flash 17.10.08)*

Erstes Opfer der Dengue-Epidemie

Eine 50-jährige Frau aus La Foa an der Westküste der Hauptinsel ist das erste Todesopfer der seit vier Monaten grassierenden Dengue-Epidemie. Den Gesundheitsbehörden sind bis dato 1.016 Krankheitsfälle gemeldet worden. Bisher beschränken sich die Erkrankungen auf den Serotyp 1 des Dengue-Virus, an dem man selten stirbt. Da aus den pazifischen Anrainerstaaten Neukaledoniens, vor allem aus Fidschi, jedoch Dengue-Erkrankungen des äußerst bedrohlichen Serotyps 4 gemeldet wurden, sind die Gesundheitsbehörden mit einer groß angelegten Kampagne an die Öffentlichkeit getreten. So wurden in Dörfern und Städten Poster mit den Maßnahmen aufgehängt, die eine Verbreitung des Dengue-Fiebers weiter verhindern können. Die Infektionskrankheit wird ausschließlich von zwei Arten von Stechmücken übertragen. Die Einwohner wurden angewiesen, Moskitonetze und Mückensprays zu benutzen sowie stehende Wasser zu vermeiden. Per Helikopter sprühten die Behörden aus der Luft Insektenvernichtungsmittel vor allem in der Hauptstadt Nouméa und den Vororten.

Bislang gibt es weder eine Impfung gegen das Dengue-Fieber, noch primär wirksame antivirale Medikamente. Lediglich die auftretenden Beschwerden wie Kopf- und Gliederschmerzen, Fieber, Gelenk- und Muskelschmerzen sowie ein Hautausschlag können gemildert werden. *(Oceania Flash 23.10.08, Wikipedia)*

Gefallener Soldat erhält Ehrenbegräbnis

Der 22-jährige Soldat Melam Baouma hat auf seiner Heimatinsel Ouvéa ein Ehrenbegräbnis erhalten. Baouma war als Soldat der französischen Armee bei einem Einsatz in Afghanistan getötet worden. Melam, dessen Name in der Iaii-Sprache „Licht“ bedeutet, wurde im Beisein hoher geistlicher und weltlicher Würdenträger in Banutr beigesetzt. Der französische Hochkommissar für Neukaledonien, Yves Dassonville, hielt die Grabrede. Er sagte, Frankreich vergesse seine Kämpfer nicht. Melam habe mit seinem Tod das größtmögliche Opfer gebracht und sei damit für immer ein Teil der französischen Republik geworden.

Vor dem gemeinsamen Leichenschmaus ergriff der Präsident der Lokalregierung, Harold Martin, das Wort. Er erwies dem Gefallenen die Ehre, indem er ihn nicht nur als Soldaten, sondern auch als besonderen Menschen würdigte. *(Les Nouvelles Calédoniennes, 27.08.08)*

Zweite einheimische Arztpraxis eröffnet

Dr. Jacques Zanehno Lalié hat als zweiter kanakischer Arzt eine Hausarztpraxis in Nouméa eröffnet. Er ist erst der vierte Kanake mit einem ärztlichen Dokortitel und nach Paul Quaeze erst der zweite, der sich in Nouméa niedergelassen hat.

Die meisten der in Frankreich ausgebildeten Akademiker entscheiden sich nach Studierend für eine akademische Karriere im Ausland. Lalié kehrte ganz bewußt in sein Heimatland zurück. Der aus Tingeting (Insel Lifou) stammende 35-jährige Arzt hat in Strasbourg, Bobigny und in Paris studiert und praktiziert. Ende November 2007 entschloß er sich zur Praxiseröffnung in Nouméa. „Ich wollte allen beweisen, dass auch Kanaken [Anmerkung: Die

Bewohner Neukaledoniens bezeichnen sich selbst als «Kanak», dt. Menschen] *ein Medizinstudium erfolgreich abschließen können und nicht auf die Unterstützung von Europäern angewiesen sind*“, sagte Lalié in einem Interview mit einer einheimischen Tageszeitung. (*Les Nouvelles Calédoniennes* 03.07.08)

MIKRONESIEN

Neuer Präsident gewählt

Palau: Nachfolger des scheidenden palauanischen Präsidenten Tommy Remengesau wurde der parteilose Johnson Toribiong. Er erhielt 4.942 Stimmen, das entspricht einem Wahlergebnis von 51,12 %. Sein Gegenkandidat, der amtierende Vizepräsident Elias Camsek Chin, brachte es mit 4.726 Stimmen immerhin auf ein Wahlergebnis von 48,88 %.

Tommy Remengesau durfte nach zwei Wahlperioden von 2001 bis 2008 nicht erneut für das Amt des Präsidenten kandidieren.

Toribiong begründete seinen Erfolg mit seinem ganz auf das Wirtschaftswachstum ausgerichteten Wahlprogramm. Palaus Wirtschaft müsse eigenständiger und unabhängiger von amerikanischen Zahlungen werden. Da die USA ihre Entwicklungshilfezahlungen sukzessive reduzierten, sei es an der Zeit, dass Palaus Wirtschaft aus eigener Kraft wachse, verkündete Toribiong.

Der 1964 geborene Johnson Toribiong ist ausgebildeter Polizist, Rechtsanwalt und war bis dato Botschafter Palaus in Taiwan. Er verfügt über die juristischen Abschlüsse „Juris Doctorate“ und über einen „Master of Laws“ von der University of Washington School of Law. Unter Remengesau war Toribiong Justizminister.

Vizepräsident wurde Kerai Mariur, bislang Delegierter im Kongress.

Gewählt wurden auch die 13 Mitglieder des Senats sowie die 16 Mitglieder des Abgeordnetenhauses. In den Senat wurden u. a. der Geschäftsmann Surangel Whipps Jr., der Rechtsanwalt Raynold Oilouch sowie der jüngere Bruder des neuen Präsidenten, Joel Toribiong, gewählt.

Erstmals wählten die Bürger Palaus auch zwei Frauen in den bis dato rein männlichen Senat: Die Historikerin Kathy Kesolei und Regina Mesebeluu, die ehemalige Direktorin von „Head Start“, einem Programm für kompensatorische Erziehung.

Toribiong wird sein Amt zum 1. Januar 2009 antreten. (*Pacific Magazine* 07.11.08, *Radio NZ International* 08.11.08, *Flash d'Océanie* 07.11.08, http://en.wikipedia.org/wiki/Palauan_presidential_election,_2008, *Marianas Variety* online)

† Rokko Langinbelik

Marshallinseln: Eine der letzten Zeitzeugen des amerikanischen Wasserstoffbombentests „Bravo“ auf dem Bikini-Atoll vom 1. März 1954 ist tot. Das langjährige Mitglied des Rates von Rongelap, Rokko Langinbelik, starb Ende Oktober in Majuro. Langinbelik war eine von 82 Menschen, die auf Rongelap, 200 Kilometer westlich des Bikini-Atolls, im Alter von 12 Jahren von dem nuklearen Fall-out der Bravo-Bombe getroffen wurde.

Zeit ihres Lebens setzte sich die 66-jährige für die Opfer der Atombombentests auf den Marshallinseln ein und gründete dazu die Atomtestopfervereinigung ERUB, eine Abkürzung der radioaktiv verstrahlten Atolle Enewetak, Rongelap, Utirik und Bikini. Langinbelik kämpfte vor allem für Kompensationszahlungen an die Betroffenen der Atombombentests. Als Präsidentin von ERUB reiste sie mehrfach zu Konferenzen auf der ganzen Welt, wo sie auf Atombombenopfer u. a. aus Algerien, Japan und Tschernobyl

traf.

Info: Zwischen 1946 und 1958 zündeten die Amerikaner insgesamt 67 Atom- und Wasserstoffbomben auf den Marshallinseln, davon 23 auf dem Bikini-Atoll. (*Marshall Islands Journal* 24.10.08, http://www.societyofcontrol.com/library/war/griffith_atombombe_bikini_atoll_2004.txt)

† Kataejar Jibas

Bikini: Der am 17. September bei einem Autounfall auf Majuro (Marshallinseln) schwer verletzte Bürgermeister des Bikini-Atolls ist am 2. Oktober in einem Krankenhaus auf den Philippinen verstorben. Der 55-jährige Kataejar Jibas hinterlässt seine Frau Dorothy, neun Kinder und zahlreiche Enkelkinder.

Bürgermeister Jibas war jahrelang Angestellter des „Kili-Bikini-Atoll-Ejit Local Government Council“. In den 1970er Jahren hatte Jibas zunächst als Polizist gearbeitet, später wurde er Ratsmitglied und stellvertretender Schatzmeister von Majuro. Im November 2007 war Jibas zum Bürgermeister des Bikini-Atolls gewählt worden. Der am 28. Oktober 1952 geborene Jibas galt als freundlicher, bescheidener und aufrichtiger Mensch.

An der Trauerfeier in der protestantischen Kirche seines Wohnortes Rita auf Majuro am 15. Oktober nahmen etliche tausend Menschen teil. Zahlreiche Würdenträger aus der Politik sowie traditionelle *chiefs* hielten Grabreden, u. a. der Senator für Bikini, Tomaki Juda, und der Präsident der Marshallinseln Christopher Loek. (*Wikipedia*, <http://www.bikiniatoll.com/Kataejar%20Jibas%20Memorial%20Page.html>, *Yokwe* online 20.10.08)

Nashornkäfer gefährdet Palmen

Guam: Der im September 2007 erstmals auf Guam entdeckte Nashornkäfer hat sich zu einer Plage ausgewachsen. Der Schäd-

ling hat sich inzwischen auf der ganzen Insel ausgebreitet. Aubrey Moore, Epidemiologe an der University of Guam, sagte, die Chance, den Käfer von der Insel zu vertreiben, sei verschwindend gering.

Der Nashornkäfer ist ein Käfer aus der Familie der Blatthornkäfer. Das Männchen trägt ein nach hinten gebogenes Horn, während die Weibchen ein kleineres glattes Hornschild aufweisen. Die Larven des Käfers entwickeln sich bis zu fünf Jahre lang in verrottetem Holz. Erwachsene Käfer bohren zentimetergroße Löcher in den Stamm und ernähren sich vom ausfließenden Palmsaft. Wenn die Käfer dabei die sich im Wachstum befindlichen Palmzweige schädigen, kann der Palmstumpf keine neuen Blätter mehr ausbilden und stirbt ab. Im Vergleich zu seiner Körpergröße von bis zu 43 mm ist der Nashornkäfer das stärkste Lebewesen unseres Planeten. Er kann das 850-fache seines Eigengewichtes heben!

Die Universität von Guam hat in Kooperation mit dem Landwirtschaftsministerium und privaten Kammerjägern groß angelegte Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen in die Wege geleitet. Es wurde eigens ein „Nashornkäfer-Ausrottungs-Projekt“ ins Leben gerufen, für dessen Finanzierung der Gouverneur von Guam, Felix Camacho, Gelder aus dem Haushalt freigab. Freiwillige Helfer haben im Rahmen des Programms bereits tausende Käfer eigenhändig gefangen und getötet. Der Versuch, die Käfer mit Fallen in den Palmwipfeln zu fangen, scheiterte, da die Käfer erst gar nicht in die Fallen gingen.

Epidemiologe Aubrey Moore hat an der Universität nun einen speziellen Impfstoff entwickelt, der - einmal in den Wachstumsbereich der Palme injiziert - die Larven abtötet, ohne die Palme zu schädigen. Der Impfstoff wurde erstmals an den Palmen im Hotelbezirk von Tumon erfolgreich getestet. Moore begründete die Aktion mit dem „klassischen Bild, das sich Touris-

ten von unserer Insel machen“. Palmen gehörten einfach zu einem Urlaub auf Guam dazu, sie dienten als nationales Symbol der Tourismusindustrie. Wenn Touristen sich nicht mehr vor den Palmen fotografieren könnten bzw. am Strand unter Palmen liegen könnten, würde das den Einbruch des Tourismussektors zu Folge haben. Allein deshalb müsste alles getan werden, um den Nashornkäfer auf der Insel auszurotten. Da eine „Impfung“ pro Baum jedoch mit bis zu 2.000 US Dollar zu Buche schlägt, ist das Verfahren zu aufwändig und kostspielig, um es überall auf der Insel anzuwenden.

Moore hat angekündigt, sich weiter der Bekämpfung des Käfers zu widmen. In seiner Abteilung forscht man nun nach einem Virus, das den Käfer töten könnte.

Info: Guam (Chamorro: *Guåhån*) ist die größte und südlichste Insel des Marianen-Archipels im westpazifischen Ozean. Sie ist ein externes Territorium der USA mit innerer Autonomie. Die Einwohner sind zwar US-Bürger, dürfen aber nicht an der Wahl zum Präsidenten teilnehmen. Guam schickt einen nicht stimmberechtigten Delegierten in das US-Repräsentantenhaus. Derzeitige Delegierte ist Madeleine Bordallo von den Demokraten. Die Hauptstadt ist Hagåtña (Agana), bevölkerungsreichste Siedlung ist Dededo.

Bekannt geworden ist die Insel durch den dort befindlichen strategisch wichtigen amerikanischen Luftwaffenstützpunkt „Andersen Air Force Base“ sowie das spektakuläre Aussterben fast der gesamten einheimischen Vogelwelt durch die während des Zweiten Weltkrieges durch Truppen- und Materialtransporte der Amerikaner eingeschleppte „Braune Nachtbaumnatter“. (*Guam Daily News* 16.10.08, *Wikipedia*)

Bekleidungsindustrie vor dem Aus

Saipan: Die Bekleidungsindustrie auf der größten Insel der Nördlichen Marianen, Saipan, steht vor dem Aus. Auch die drei letzten Textilfirmen US-CNMI, Rifu Corporation und Uno Moda planen die Stilllegung ihrer Fabriken bis Anfang des neuen Jahres. Damit endet die Erfolgsgeschichte der „Saipan Garments Manufacturing Association“, die zu ihren Hochzeiten in den 1980-er Jahren 30 Textilfirmen mit über 30.000 Arbeitern vertrat.

Die Textilbranche war neben dem Tourismus das Hauptstandbein der Wirtschaft. Die Insel galt als Steuerparadies. Als Außengebiet der Vereinigten Staaten ist Saipan von einigen US-Gesetzen befreit, vor allem im Sozial- und Einwanderungsrecht. Als Folge davon betrug der Durchschnittslohn in der Textilindustrie etwa die Hälfte des US-Mindestlohns. Die Löhne der Textilarbeiterinnen auf Saipan zählten zu den weltweit niedrigsten in der Branche. Der Niedergang der Textilindustrie begann ab Mitte der 1990er Jahre mit der Liberalisierung des Weltmarktes, wie von den Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation WTO beschlossen. Es wurde plötzlich noch billiger, die Kleidung in asiatischen Ländern produzieren zu lassen. In Folge schlossen bereits ab dem Jahr 2000 die ersten Textilfabriken, in 2005 löste sich die „Saipan Garments Manufacturing Association“ auf. (*Marianas Variety* 16.10.08, *Wikipedia*)

UN-Büros zusammengeschlossen

Kiribati: Im Sinne einer besseren Vernetzung haben sich die drei in Kiribati vertretenen Büros diverser Unterorganisationen der Vereinten Nationen zu einer Büroeinheit zusammengeschlossen. Das neue Büro trägt den Titel „UN Joint Country Presence“ und besteht aus Mitarbeitern des Entwick-

lungshilfeprogramms (United Nations Development Programme), des Kinderhilfswerkes UNICEF und des Bevölkerungsfonds der UN (UNFPA). Alle drei Einheiten arbeiten an der Umsetzung der UN Millennium Development Goals bis 2015.

(http://www.unicef.org/pacificislands/media_9446.html)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

König gekrönt

Futuna: Der 65-jährige Petelo Vikena ist Anfang November zum König des Königreiches Alo auf der Insel Futuna gekrönt worden. Die 64 Quadratkilometer große Insel Futuna gehört zum französischen Überseegebiet Wallis und Futuna und liegt nordöstlich von Fidschi. In der Hauptstadt Sigave leben ca. 4.700 Menschen, insgesamt leben in dem Überseegebiet knapp 15.000 Menschen.

Auf Futuna gibt es zwei Königreiche, die jeweils von einem König regiert werden: Das Königreich Sigave und das Königreich Alo.

Vikenas Vorgänger, der seit November 2002 im Amt war, war vom „Häuptlingsrat“ im Februar des Jahres wegen schlechter Regierungsführung entlassen worden. Traditionell wählt der Rat nach Absprachen mit den Titeltragenden und einflussreichen Familien in den Königreichen den König. Vikenas Wahl ist auf Futuna nicht unumstritten. Kritiker behaupten, er sei nur auf Geheiß des Rates in sein Amt berufen worden. Es habe keinen Konsensus über seine Wahl zwischen den vier Titeltragenden Klänen und den königlichen Verwandtschaftsverbänden gegeben.

Petelo Vikena wurde in Alo zum König gekrönt. Die Krönungsfeier-

lichkeiten fanden nach strengen Regeln statt. So gab es neben einer religiösen Feier zahlreiche Rituale wie Kava-Zeremonien, Speertänze, Übergabe von Schweinen und Tapa-Matten. An der Feier nahmen auch Vertreter aus Frankreich teil.

Vikena ist Vater von elf Kindern. Er verbrachte die meiste Zeit seines Lebens als Angehöriger der französischen Armee in Frankreich. Einige Jahre war er außerdem Mitglied des Stadtrates von Nouméa, der Hauptstadt Neukaledoniens. In seinem neuen Amt trägt er den traditionellen Titel „Tuigaifo“.

Neben den beiden Königreichen von Futuna gibt es in Wallis ein weiteres Königreich des französischen Überseegebietes. Dort hatte von 1959 bis zu seinem Tod im Mai 2007 Tomasi Kulimoetoke regiert. Als Kulimoetoke mit 87 Jahren starb, gehörte er zu den am längsten regierenden Monarchen weltweit. Zu seinem Nachfolger wählte der Rat im Juli 2007 Kapi-liele Faupala. (*Oceania Flash* 07.11.08, *Fiji Times* 08.11.08)

EU unterstützt Samoa

Samoa: Die Europäische Union hat Mitte September einen Kooperationsvertrag mit Samoa geschlossen. Darin hat sie dem polynesischen Inselstaat eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 46,6 Millionen Euro zugesagt. Das Geld soll einerseits in Form von Mikrofinanzierungen in die Arbeit lokaler Nichtregierungsorganisationen fließen, andererseits sollen im Sinne der UN Millennium Development Goals der Vereinten Nationen vor allem Projekte im Bereich Bildung und Gesundheit finanziert werden. (*Samoa Observer* 12.09.08)

Soldaten kehren zurück

Tonga: Die seit August 2008 im Irak stationierten tonganischen Soldaten werden noch vor Weih-

nachten in ihre Heimat zurückkehren. Das gab der Oberkommandierende der tonganischen Streitkräfte, Brigadegeneral Tau'aika 'Uta'atu, Ende Oktober bekannt. Die Soldaten gehören bereits zu dem vierten Kontingent, das das Königreich Tonga in den Irak entsandt hat. Seit dem Jahr 2004 hat Tonga jährlich einen Soldatentrupp zur Verstärkung der friedensstiftenden Mission in den Irak geschickt. Die tonganischen Streitkräfte waren auf Anfrage der US-Armee in den Irak gereist, um sich dort an dem Einsatz zur Friedenssicherung und zum Schutz der Zivilbevölkerung zu beteiligen. Insgesamt nahmen 200 Tonganer an dieser Mission teil, bislang konnte auch jeder lebend in das pazifische Königreich zurückkehren.

Von den bislang 28 Ländern, die den amerikanischen Streitkräften in der so genannten „Koalition der Willigen“ Verstärkung in den Irak geschickt haben, diskutieren noch England und Australien über eine Verlängerung ihres Mandats über den 1. Juli 2009 hinaus. Deutsche Soldaten beteiligen sich nicht an der Mission im Irak. (*Matangi Tonga* 27.10.08)

Doktorandin geehrt

Tonga: Die tonganische Doktorandin Dianne Sika-Paotonu ist mit dem „MacDiarmid Young Scientists of the Year Award“ für ihre Forschungen zur Krebstherapie ausgezeichnet worden. Die Tonganerin promoviert am Malaghan Institute of Medical Research in Wellington (Neuseeland) über „verzweigte Zellen“, einer seltenen Gruppe von Immunabwehrzellen. Ziel ihrer Forschung ist es, eine Impfung zu entwickeln, die die körpereigene Immunabwehr von Krebszellen unterstützt.

Der mit 5.000 Dollar dotierte Medizinpreis wurde der Studentin Mitte August vom „Health Research Council“ in Wellington überreicht. Den Preis erhielt sie in der Kategorie „Advancing Human

Health and Wellbeing“.

Sika-Paotonu wurde 1973 in Wellington geboren, nachdem ihre Eltern aus Tonga nach Neuseeland eingewandert waren. Sie hat bereits einen Masterabschluss in Biomedizin von der Victoria Universität. (*Matangi Tonga 21.08.08, <http://www.frst.govt.nz/news/Cancer-vaccine-research-recognised-at-MacDiarmids>*)

Prinzessin zur Schutzpatronin ernannt

Tonga: Die tonganische Prinzessin Salote Mafile'o Pilolevu Tuita ist Anfang Oktober vom "International Fund for Animal Welfare" (IFAW) zur Schutzpatronin der Wale im Pazifik ernannt worden. Sie erhielt den Titel „Royal Patron of Whales“ als Anerkennung für das langjährige Engagement der tonganischen Königsfamilie im Walschutz. Bereits 1978 hatte König Taufa'ahau Tupou IV., der Vater der Prinzessin, den Walfang in tonganischen Gewässern bei Strafe verboten. Daraufhin stieg die Anzahl der Wale in den Gewässern von jährlich 63 auf über 700. Heute ist das sogenannte „Whale Watching“, also das Beobachten von Walen im offenen Meer, eine der größten Touristenattraktionen und die Haupteinkommensquelle vor allem der Vava'u Inselgruppe. Zwei Millionen US Dollar jährlich fließen durch das Whale Watching in die tonganische Staatskasse, die Whale Watching Industrie verzeichnet ein jährliches Rekordwachstum von 22 %.

Info: Der Internationale Tierschutz-Fond (IFAW) besteht seit knapp 40 Jahren. Er wurde in Kanada gegründet und arbeitet heute mit 300 Mitarbeitern. In 16 Ländern weltweit hat der IFAW Zweigstellen. Mit seinen rund zwei Millionen Mitgliedern setzt sich die Organisation für nachhaltige Lösungen im Tier- und Umweltschutz ein. (*Matangi Tonga 01.10.08, http://www.ifaw.org/ifaw_asia_pacific/media_center/press_releases/10_03_2008_49203.php*)

China unterstützt Cookinseln

Cookinseln: Am Rande des zweiten Chinesisch-Pazifischen Wirtschaftsgipfels (China-Pacific Island Countries Economic Development and Cooperation Forum) hat die Volksrepublik China den Cookinseln eine zusätzliche Finanzspritze in Höhe von 1,5 Millionen US Dollar zugesagt. Dabei hat China nur wenige Vorgaben gemacht, wie diese Gelder verwendet werden sollen. Ganz allgemein ließ der chinesische Handelsminister Chen Deming den Vizepremierminister der Cookinseln, Sir Terepai Maoate, wissen, die Gelder sollten für die Zusammenarbeit beider Staaten auf wirtschaftlicher und technischer Ebene verwendet werden. Gerüchte besagen, dass mit dem Geld vor allem ein modernes Sportzentrum in der Hauptstadt Avarua gebaut werden soll. Die Cookinseln sind 2009 Austragungsort der Mini-Pazifik-Spiele, einer Art von Olympischen Spielen mit Wettbewerben in unterschiedlichen sportlichen Disziplinen.

Der zweite Chinesisch-Pazifische Wirtschaftsgipfel (der erste fand 2006 in Nadi/Fidschi statt) fand vom 7. bis 10. September in der Stadt Xiamen in der Provinz Fujian im Südosten Chinas statt. Regierungsvertreter von elf pazifischen Inselstaaten waren nach China gereist, um über Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Volksrepublik und den pazifischen Staaten zu diskutieren. Allein in diesem Jahr hat China über zwei Milliarden US Dollar an pazifische Inselstaaten überwiesen, allerdings nur an diejenigen, die Taiwan nicht als eigenen Staat anerkennen. Bis 2010 rechnet der chinesische Handelsminister Deming mit Zahlungen in Höhe von drei Milliarden US Dollar.

Parallel zu den chinesischen Zahlungen hat auch Taiwan sein finanzielles Engagement in der Region verstärkt. Die Regierung aus Taipeh überwies insgesamt 665.700 US \$ an diverse regiona-

le Organisationen im Pazifik, wie die South Pacific Community, die Forum's Fisheries Agency und das South Pacific Regional Environment Programme. (*Flash d'Océanie 12.09.08, <http://cpicforumenglish.mofcom.gov.cn/aarticle/za/200809/20080905771734.html>*)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Flosse mit Temarus Unterstützung als Senator wiedergewählt

Französisch-Polynesien: Bei den französischen Senatswahlen am 21. September ist der ehemals pro-französische Ex-Präsident Französisch-Polynesiens, Gaston Flosse, mit deutlicher Mehrheit auf sechs weitere Jahre als Senator wiedergewählt worden. Seit 1999 hatte Flosse neben seinen lokalen Mandaten auch den Posten des einzigen Senators seines Landes in Paris inne. Um dem Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte Rechnung zu tragen, erhielt das Überseegebiet im Zuge einer Neuzuschneidung der Wahlkreise dieses Jahr erstmals zwei Senatoren. Als zweiter Senator wurde der erst 34 Jahre alte Anwalt Richard Tuheiava von Oscar Temarus Unabhängigkeitspartei „Tavini Huiraatira“ gewählt.

Die ehemals tief verfeindeten Politiker Temaru und Flosse hatten sich im Sommer 2007 versöhnt und sind seitdem in einer Koalition, um gemeinsam die von beiden als zu pro-französisch kritisierte Politik ihres Widersachers und derzeitigen Präsidenten Gaston Tong Sang zu bekämpfen. Da Temaru selbst nicht nach einem Senatorenposten strebte, nominierte seine Partei Richard Tuheiava als zweiten Kandidaten für die gemeinsame Liste mit Flosse.

Präsident Tong Sang war mit Unterstützung der in Frankreich regierenden Partei „Union pour un Mouvement Populaire“ (UMP)

ebenfalls als Senatorenkandidat angetreten. Zweitkandidatin auf Tong Sangs Liste war Béatrice Coppenrath-Vernaudon, die Bürgermeisterin des Papeeter Vororts Pirae.

Senatoren werden in Frankreich nicht von allen Wählern, sondern nur von den sogenannten „Grands Electeurs“ (Abgeordnete auf nationaler, regionaler departementaler Ebene sowie Delegierte aller Gemeinderäte) gewählt. Der Wahlkampf beschränkte sich somit hauptsächlich auf die Gemeinderäte der 48 Gemeinden des Landes, die die große Mehrheit der 697 „Grands Electeurs“ Französisch-Polynesiens stellen. Da die Mehrheit der Gemeinderäte entweder von Temarus Tavini oder Flosses Partei Tahoeraa beherrscht werden, gewannen Flosse und Tuheiava mit jeweils 372 und 361 Stimmen klar vor Tong Sang (318 Stimmen) und Coppenrath-Vernaudon (308 Stimmen). Daneben hatten noch fünf Splitterparteien ihre eigenen Listen aufgestellt, erhielten aber jeweils nur einstellige oder gar keine Stimmen.

Die Wahl zeigte deutlich, dass trotz massiver Anstrengungen der französischen Regierung, die wie üblich Tong Sang einseitig unterstützt hatte, Temaru und Flosse gemeinsam nach wie vor die Mehrheit hinter sich haben. Wenn auch Flosse die meisten seiner ideologisch pro-französischen Wähler an Tong Sang verloren hat, so hält ein Grossteil seiner Parteikader, insbesondere ländliche Bürgermeister und Gemeinderäte, nach wie vor fest zu ihm. Die Strategie der jüngeren Gaullisten um Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, kontroverse Parteimitglieder der alten Garde um Ex-Präsident Chirac politisch kaltzustellen, ist in Flosses Fall klar fehlgeschlagen. Ein Beobachter kommentierte es so: „Sarkozy hat es geschafft, Jacques Lafleur und Lucette Michaux-Chevry (Parallelfiguren zu Flosse in Neukaledonien und Guadeloupe, die aus allen wichtigen Ämtern abgewählt

wurden) zu erlegen, aber an Flosse beisst er sich die Zähne aus“.

Das Senatorteam Französisch-Polynesiens hält im neuen Senat gleich zwei Rekorde, denn es stellt mit Tuheiava nicht nur den jüngsten, sondern mit dem 77-jährigen Flosse auch den ältesten der 346 französischen Senatoren. Da Flosse während des Wahlkampfes von der UMP nicht wie bisher unterstützt, sondern bekämpft wurde, weigerte er sich, erneut der UMP-Fraktion anzugehören und sitzt jetzt in den Reihen der wenigen parteilosen Senatoren. Entsprechend dem Partnerschaftsabkommen zwischen Tavini Huiraatira und der Sozialistischen Partei Frankreichs sitzt Tuheiava in der Fraktion der Sozialisten, behält aber seine parteipolitische Unabhängigkeit. Er hat versprochen, Fragen der politischen Unabhängigkeit Tahitis im Senat anzusprechen, und seine ersten Initiativen betrafen die Revision des immer noch rechtsgültigen Schauprozesses gegen den tahitischen Nationalhelden Pouvanaa a Oopa, der 1959 unter dubiosen Vorwürfen zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, und die Aufnahme des historischen Tempels Marae Taputapuataea auf der Insel Raiatea in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes. Beide Senatoren sprachen sich zudem dafür aus, das letztes Jahr von der französischen Regierung einseitig abgeänderte Wahlsystem Französisch-Polynesiens erneut zu reformieren. (Artikel von Lorenz Gonschor, *Hawaii*. Quellen: *Tahitipresse, Tahiti-Pacifique*)

Kontroverse um erhöhte Pensionen

Französisch-Polynesien: Die geplante Streichung der Überseezulage für Pensionen französischer Staatsbeamte hat zu Protesten und politischen Kontroversen geführt. Bislang erhielten alle französischen Pensionäre, die ihren Alterssitz in Französisch-Polynesien beziehen (ebenso wie diese, die im Lande selbst tätig

waren), eine sogenannte „Indexierung“ ihrer Pensionen um 75 %. Zusammen mit der im Lande gültigen Einkommenssteuerfreiheit kommt dies einer Verdoppelung der Pensionen gleich. Dies ist ein Grund, warum zahlreiche französische Pensionäre nach Tahiti auswandern, was einerseits das demographische Gleichgewicht der Inseln durcheinander bringt, andererseits aber durch vermehrte Kapitalinjektion auch die einheimische Wirtschaft stärkt. Während die Pensionszulage seit Jahren umstritten war, hatte Mitte Juli der neue französische Staatssekretär für Überseegebiete Yves Jégo während eines Besuchs in Tahiti erstmals angekündigt, die Indexierung der Pensionen aller Staatsbeamte, deren Berufstätigkeit keine Beziehung zu den Überseegebieten hatte, zu streichen. Bei einem weiteren Besuch Mitte Oktober verkündete Jégo einen Reformplan, nach dem die Zulage stufenweise gestrichen wird. Die Pläne führten zu lautstarken Protesten der lokalen Dienstleistungsgewerkschaft, die von Oppositionspolitikern unterstützt wurden. Senator Gaston Flosse meinte, Frankreich beginne damit seinen Rückzug aus dem Territorium und breche seine der Landesregierung gegebenen Versprechen. Jégo verteidigte seine Reform dagegen mit dem Argument, die Pensionäre seien eine privilegierte Bevölkerungsschicht, die Einschnitte in ihrem Einkommen durchaus verkraften könnte, während die Mehrheit der Bevölkerung, die im privaten Sektor tätig ist, von kargen Gehältern lebt und nur minimale Sozialleistungen erhält. Um mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen, sei es daher notwendig, unverhältnismäßige Privilegien zu streichen. (Artikel von Lorenz Gonschor, *Hawaii*. Quelle: *Tahitipresse, Tahiti-Pacifique*)

Luz Sazzo Paoa neue Bürgermeisterin

Rapa Nui (Osterinsel): Bei den chilenischen Kommunalwahlen am 26. Oktober ist die Bauingeni-

eurin Luz Sazzo Paoa (Christdemokratische Partei, PDC) mit einer relativen Mehrheit von 46,0 % der Stimmen zur neuen Bürgermeisterin der Insel Rapa Nui gewählt worden. Ihr Hauptkontrahent Akahanga Rapu Tuki (parteilos, aber für eine Allianz rechter Parteien antretend) erhielt 37,1 %. Zwei weitere Kandidaten, Pascual Pakarati Gonzales (parteilos) und Hugo Edmunds Paoa (Humanistische Partei) lagen mit jeweils 11,4 % und 3,4 % Stimmenanteil deutlich im Hintertreffen. Der langjährige, seit 1994 amtierende, Bürgermeister Petero Edmunds Paoa (PDC) war nach dreieinhalb Amtsperioden nicht mehr angetreten, und seine Partei hatte Mitte des Jahres Sazzo, die seit 10 Jahren das Gemeindeamt für öffentliche Arbeiten leitete, als neue Spitzenkandidatin nominiert.

Sazzo ist Rapa Nuis erste gewählte Bürgermeisterin, aber nicht die erste Frau in dieser Position. Unter der Militärdiktatur des Generals Pinochet war mit Lucia Tuki Make bereits von 1985 bis 1989 die erste Bürgermeisterin der Insel im Amt, allerdings war diese wie alle Staatsbeamte von der Junta ernannt und nicht vom Volk gewählt worden.

Edmunds war in den letzten Jahren aufgrund seines zuweilen selbstherrlichen und exzentrischen Führungsstils zunehmend in die Kritik geraten, und die Opposition hatte während des Wahlkampfes versucht, diese Kritik auf Sazzo als angebliche Marionette Edmunds' zu übertragen. Letztere hatte sich dagegen erfolgreich ein eigenes Profil gegeben. Während Edmunds dazu tendierte, die chilenische Regierung für alle Probleme der Insel verantwortlich zu machen, kündigte Sazzo an, die Gemeindeverwaltung zu reformieren und alle im Rahmen des kommunalen Kompetenzbereichs verfügbaren Ressourcen zur lokalen Problemlösung einzusetzen.

Zusammen mit dem Bürgermeister wurde auch der sechsköpfige Gemeinderat gewählt. Von den

nach einem komplexen System gewählten Gemeinderäten gehören je zwei der PDC, der Partei für die Demokratie PPD (beide Teil der chilenischen Regierungskoalition) und zwei der oppositionellen rechtsgerichteten Unabhängigen Demokratischen Union (UDI) an. Der langjährige Gemeinderat und ehemalige Bürgermeister Alberto Hotus Teave (PPD) wurde ebenso wie die oppositionelle Gemeinderätin Amelia Olivares San Juan (UDI) wiedergewählt. Neugewählt wurden Ximena Trengove Vallejos und Marta Hotu Tuki für die PDC, Carlos Mardones Riroroko für die PPD und Julio Araki Tepano für die UDI. Die bisherigen Gemeinderäte Marcelo Ika Paoa (PDC), Marcelo Pont Hill (PPD), Hipólito Ika Nahoe (Humanistische Partei) und Nicolas Haoa Cardinali (parteilos in Allianz mit der UDI) verfehlten ihre Wiederwahl.

Der letztes Jahr mit großer Mehrheit in den Inselentwicklungsrat (eine vom Gemeinderat unabhängige, separate Volksvertretung mit anderen Aufgabenbereichen) gewählte Mario Tuki Hey hatte ebenfalls für einen Gemeinderatssitz kandidiert, verfehlte aber überraschenderweise sein Ziel. Bezeichnend ist die Wahl zweier chilenischer Siedlerinnen (Trengove und Olivares) im Vergleich zu nur einer (Olivares) vor vier Jahren, was die massive Zunahme der chilenischen Siedlerbevölkerung in den letzten Jahren reflektiert. *(Artikel von Lorenz Gonschor, Hawaii'i. Quelle: Te Rapa Nui Press <http://rapanuiexpress.blogspot.com/>)*

HAWAI'I

Obama erzielt Spitzenmehrheit auf seinen Geburtsinseln

Der amerikanische Präsidentschaftskandidat der demokratischen Partei, Barrack Obama, hat in Hawai'i, wo er geboren wurde, mit einem Stimmenanteil von 71,5 % sein höchstes Ergebnis aller US-Bundesstaaten erzielt. Die Wahlbeteiligung lag mit 66,0 % für

Hawai'i ungewöhnlich hoch. Die beiden zur Wiederwahl stehenden demokratischen Vertreter Hawai'is im US-Repräsentantenhaus, Neil Abercrombie (Wahlkreis Stadt Honolulu) und Mazie Hirono (Wahlkreis ländliches O'ahu und äußere Inseln) wurden mit ebenfalls extrem hohen Mehrheiten von 70,6 % und 69,8 % wiedergewählt.

Obama wurde in Honolulu als Sohn eines kenianischen Wirtschaftswissenschaftlers und einer amerikanischen Anthropologin geboren und verbrachte lange Zeit seiner Jugend in Hawai'i, wo er die elitäre Punahou-Privatschule besuchte, bevor er in Harvard Jura studierte und dann in Chicago seine politische Karriere begann. Ähnlich wie auf dem US-Kontinent wurde Obamas Wahl auch in Hawai'i überwiegend mit Begeisterung aufgenommen. Allerdings ist er unter Anhängern der wachsenden hawaiischen Unabhängigkeitsbewegung nicht unumstritten, da er sich stark an die lokale politische Elite der demokratischen Partei Hawai'is angelehnt hat und, von deren Führung beeinflusst, den kontroversen Akaka Bill, eine Gesetzesvorlage zur Schaffung einer Art von Indianerreservation für einheimische Hawaier, unterstützt. Die Gesetzesvorlage wird seit Jahren im US-Kongress debattiert, scheiterte aber stets am Widerstand rechtsgerichteter Republikaner und der Bush-Administration. Gegner des Akaka Bill fürchten nun, dass der Gesetzesvorschlag nächstes Jahr mit der gewachsenen demokratischen Kongressmehrheit beschlossen und von Obama unterzeichnet werden könnte. *(Artikel von Lorenz Gonschor, Hawaii'i. Quellen: Honolulu Star-Bulletin, Office of Elections, State of Hawaii <http://www.hawaii.gov/elections/results/2008>, Wikipedia-Seiten zur Biographie Obamas)*

Bürgermeister Hannemann wieder- gewählt; keine Chancen für politische Erneuerung

Im Zuge der US-Wahlen am 4. November fanden auch zahlreiche lokale Wahlen statt. Der seit 2004 amtierende Bürgermeister von Honolulu (die Gemeinde umfasst die gesamte Hauptinsel O'ahu mit etwa drei Viertel der Gesamtbevölkerung des Archipels), Mufi Hannemann, wurde für eine zweite Amtszeit mit 56,1 % wiedergewählt. Seine Herausforderin Ann Kobayashi kam nur auf 40,8 %. Der Deutsch-Samoaner Hannemann hatte in seiner ersten Amtsperiode mit zahlreichen kontroversen Entscheidungen von sich reden gemacht, zuletzt mit dem Plan, für mehrere Milliarden Dollar eine S-Bahn entlang der Südküste O'ahus zu bauen. In der von Kobayashi und anderen Kritikern durchgesetzten Volksabstimmung entschied sich eine hauchdünne Mehrheit von 50,6 % für die Bahn. Neu gewählt wurden die Bürgermeister der Inseln Kaua'i und Hawai'i. Auf Kaua'i setzte sich Bernard Carvalho mit 57,7 % der Stimmen gegen Joanne Yukimura mit 38, 9% durch; auf Hawai'i wurde Billy Kenoi mit 55,6 % zum neuen Bürgermeister, sein Herausforderer Angel Pilago erhielt 40, 9 %.

Auf Ebene des Bundesstaates wurden das Staatsparlament sowie zahlreiche Exekutivbeamte neu gewählt. Die seit Jahrzehnten im Staatsparlament dominierende Demokratische Partei konnte ihre überwältigende Mehrheit mit 45 von 51 Sitzen im Staatsrepräsentantenhaus und 23 von 25 Sitzen im Staatssenat noch weiter ausbauen. Die vier zur Wahl stehenden Treuhänder des für Anliegen der einheimischen Hawaier zuständigen staatlichen „Office of Hawaiian Affairs“ (OHA) wurden ebenfalls alle wiedergewählt. Colin Kippen, der sich mit großem medialen Aufwand darum bemüht hatte, die OHA-Vorsitzende Huanani Apoliona abzulösen, um die von Korruptionsvorwürfen geplagte Behörde zu reformieren, schei-

terte und erhielt nur 16,8 % gegen 32,9 % für Apoliona. Eine alle zehn Jahre vorgeschriebene Volksabstimmung zur Herbeiführung einer grundlegenden Revision der Bundesstaatsverfassung fiel mit einer klaren Mehrheit von 61,9 % negativ, d.h. zu Gunsten des Status Quo aus. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Honolulu Star-Bulletin; Office of Elections, State of Hawaii
<http://www.hawaii.gov/elections/results/2008>

Zwangsräumung von Einwohnern des Kahana- Tals verschoben

Die von der Bundesstaatsregierung geplante Zwangsräumung sechs hawaiischer Familien aus dem Kahana-Tal an der Nordostküste von O'ahu wurde durch massive Proteste in letzter Minute verschoben. Das zuvor in Privatbesitz befindliche Tal war 1970 von der Bundesstaatsregierung gekauft und zum Naturpark erklärt worden. 31 alteingesessene hawaiische Familien erhielten die Möglichkeit, in dem Tal als Pächter zu leben, so lange sie Arbeitsdienste zur Aufrechterhaltung des Parks leisten. Sechs weitere Familien, die ihre Wurzeln ebenfalls seit vielen Generationen in Kahana haben, erhielten allerdings kein Pachtland und lebten ohne formelle rechtliche Grundlage in Kahana. Seit Jahren forderten sie eine rechtliche Gleichstellung mit den anderen Talbewohnern, was ihnen die Bundesstaatsregierung allerdings verweigerte mit dem Argument, sie sei nach dem Gründungsdokument des Parks nicht befugt, weitere Pachtverträge auszustellen.

Als Laura Thielen, Direktorin des Ministeriums für Land und Naturressourcen, Mitte des Jahres Räumungsbefehle für die sechs Familien ausstellte, führte dies zu massiver Empörung unter großen Teilen der hawaischen Bevölkerung und zu zahlreichen Solidaritätskundgebungen. Unter der derzeitigen Wohnungsknappheit und den extrem hohen Lebenshal-

tungskosten auf O'ahu, wo bereits tausende Hawaier obdachlos sind, würde eine Zwangsräumung der Familien aus Kahana deren sicheren Abstieg in die Obdachlosigkeit bedeuten. Der hawaiischstämmige Senator Clayton Hee, der die Nordostküste O'ahus im Staatsparlament vertritt, bezweifelte die rechtliche Grundlage der Räumungsbefehle. Aufgrund der Proteste setzte Thielen schließlich die Zwangsräumung in letzter Minute aus, und es wurde entschieden, das Problem in der nächsten Sitzung des Staatsparlaments im Januar gesetzgeberisch zu lösen. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quelle: Honolulu Star-Bulletin)

Demonstration gegen Ausverkauf des Regierungslandes

Ende November demonstrierten zwischen 250 und 400 hawaiische Aktivisten vor dem Regierungsgebäude des US-Bundesstaates Hawai'i gegen eine von Gouverneurin Linda Lingle und ihrem Kabinett angestrebte Revisionsklage vor dem obersten US-Gerichtshof. Im Januar hatte der lokale oberste Gerichtshof des Bundesstaates Hawai'i entschieden, das die Bundesstaatsregierung kein Regierungsland verkaufen darf, solange der rechtliche Status dieser Ländereien in Bezug auf die einheimische hawaiische Bevölkerung nicht endgültig geklärt ist. Lingles Administration hatte diesen lokalen Gerichtsentscheid vor dem obersten US-Gerichtshof angefochten, und letzterer hatte im Oktober angekündigt, bis zum Juni nächsten Jahres eine Entscheidung zu treffen.

Der lokale Gerichtshof hatte einer Klage des staatlichen „Office of Hawaiian Affairs“ (OHA) und privater hawaiischer Nebenkläger stattgegeben. Die Kläger argumentierten, dass das Kron- und Regierungsland des hawaiischen Königreichs niemals legitim von den USA erworben wurde und daher der US-Bundesstaat als Untereinheit der US-Regierung kei-

nen klaren Besitztitel für diese Ländereien hat. Da sich der US-Kongress im Jahr 1993 in einem Gesetz bei den einheimischen Hawaiiern für die Illegalität des US-Einmarsches in Hawaii im Jahre 1893 entschuldigt hatte, und im gleichen Gesetz die Beschlagnahme des hawaiischen Regierungslandes ohne Kompensation ebenfalls verurteilt wird, sei die Bundesstaatsregierung nur Treuhänder und nicht Besitzer dieser Ländereien, und zwar so lange, bis eine Einigung mit den Ansprüchen der einheimischen Hawaiiern erzielt wird. Die Protestierenden empörten sich über Lingles Anfechtung des lokalen Gerichtsentscheids und warfen der Gouverneurin vor, sich mit der Revisionsklage gegen die einheimische hawaiische Bevölkerung zu stellen.

Ein Sprecher von Lingle sagte dagegen, es sei entsprechend des Grundgesetzes des Bundesstaates Hawaii von 1959 die Pflicht der Staatsregierung, den öffentlichen Landbesitz zum Wohle aller in Hawaii lebenden US-Bürger einzusetzen, was unter Umständen den Verkauf von Landparzellen mit einschließt. Eine gerichtliche Einschränkung dieses Auftrages müsse Lingles Administration daher mit allen verfügbaren Mitteln anfechten. *(Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quelle: Honolulu Star-Bulletin)*

Stromgewinnung durch orbitale Solarkollektoren

Strom kann durch Hochfrequenztechnik kabellos über lange Strecken durch die Erdatmosphäre übertragen werden. Das hat die Firma „Managed Energy Technologies“ (MET) mit einem Experiment bewiesen. MET „beamte“ zwischen den Inseln Maui und Hawai'i Solarstrom mittels Mikrowellen über eine Distanz von 148 Kilometern. Bei dem Experiment, das bis jetzt geheim gehalten wurde, hatten Solarpaneele auf dem Vulkan Haleakala auf Maui insgesamt 20 Watt Leistung gene-

riert. Dieser Strom wurde kabellos unter Ausnutzung elektromagnetischer Wellen zum Vulkan Mauna Loa auf die Hauptinsel Hawaii geschickt. Ziel des Experiments war der Beweis, dass man Strom von orbitalen Solarkollektoren auf die Erde schicken könnte, um die Energieversorgung zu sichern.

Bei der Technologiedemonstration von MET ging ein Großteil der Leistung bei der Übertragung verloren. Die Wissenschaftler führten dies jedoch nicht auf die Technik zurück, sondern auf das geringe Budget ihres Experiments. Sie hatten nur eine Million US Dollar zur Verfügung und gaben an, mit mehr Geld auch leistungsfähigere Übertragungssysteme anschaffen zu können.

Das Experiment wurde vom Medienunternehmen „Discovery Communications“ gesponsort und in den USA in einer Sendung des Dokumentationskanals „Discovery Chanel“ vorgestellt. Der Sender wollte eine Möglichkeit aufzeigen, den Energiebedarf auf der Welt möglichst umweltfreundlich zu decken. *(Presstext Austria 19.09.08, <http://managedenergytech.com/>)*

AOTEAROA (NEUSEELAND)

John Key neuer Premierminister

Der 47-jährige John Key, Parteiführer der National Party, ist Nachfolger von Premierministerin Helen Clark (Labour Party). Bei den Wahlen am 8. November erzielte die National Party mit 45,5 % den größten Wahlerfolg seit 1996. Das Wahlergebnis entspricht 59 Sitzen im 122 Sitze umfassenden Parlament. Durch die Koalition mit den Parteien ACT New Zealand und United Future wird die National Party mit 65 Sitzen über die Mehrheit im Parlament verfügen.

Die sozialdemokratische Labour Party unter Führung der 58-

jährigen Helen Clark kam auf 33,8 % aller Stimmen und musste somit Einbußen von 7 % im Vergleich zur letzten Wahl im Jahr 2005 in Kauf nehmen. Die Opposition im Parlament stellen nun die Labour Party (43 Sitze) in Koalition mit den Grünen (Green Party) und den Progressives. Insgesamt erhalten die drei Parteien 52 Sitze. Die Maori Party bekommt fünf Sitze. Die Partei New Zealand First verpasste den Einzug ins Parlament. Ihr Parteichef, der 63-jährige Winston Peters, entschloss sich daher nach 27 Jahren zum Ausstieg aus der Politik. Unter Clark war Peters Außenminister.

Die studierte Politologin Helen Clark amtierte seit 1999 als Premierministerin und war angetreten, um zum vierten Wahl in Folge in diesem Amt bestätigt zu werden.

John Key ist der 51. Premierminister im 4,2 Millionen Einwohner zählenden Staat Neuseeland. Der 1961 in Auckland in ärmlichen Verhältnissen geborene Vater zweier Kinder kandidierte unter dem Motto „Choosing a brighter future“. Key absolvierte in Christchurch ein Wirtschaftsstudium und ging anschließend nach Harvard. Wieder zurück in Neuseeland arbeitete er bei einer Treuhandfirma. 1995 wechselte er als Chef des Devisenhandels zur inzwischen verkauften Investmentbank Merrill Lynch in Singapur. Als Investmentbanker verdiente er so gut, dass sich sein Privatvermögen heute auf mehrere Millionen Dollar belaufen dürfte. 2001 wurde John Key von der Nationalpartei nach Neuseeland zurückgelockt, wo er schon bald ins Parlament einzog und vor zwei Jahren den Parteivorsitz übernahm. Key gilt in der Öffentlichkeit als wenig charismatisch und als Langweiler. Wirtschaftsvertreter beschreiben ihn jedoch als intelligenten Strategen. In seinem Wahlkampf punktete er durch klassisch konservative Ziele wie eine Stärkung der Privatindustrie, Steuersenkungen und eine

schlankere öffentliche Verwaltung.
(Handelsblatt 09.011.08, Bloomberg
10.11.08, Wikipedia)

Verkehrstote durch Alkohol und Drogen

30 % aller Verkehrstote sterben als Folge übermäßigen Alkohol- und Drogenkonsums. Weitere 30 % sterben durch Unfälle, die durch überhöhte Geschwindigkeit verursacht werden. Das ist das Ergebnis des Jahresberichtes 2007 über die Verkehrssicherheit auf neuseeländischen Straßen. Wie die „New Zealand Transport Agency“ bekannt gab, kamen im vergangenen Jahr 376 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben. Im Vergleich zu 2006 sind das 26 Verkehrstote (ca. 7 %) mehr. Zum Vergleich: In Deutschland gab es im Jahr 2007 4.970 Verkehrstote. (<http://www.nzta.govt.nz/>, *Flash d'Océanie* 02.10.08)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Papua beklagen starke Militärpräsenz

Westpapua: Rund 100 Menschen haben Anfang November in Jayapura gegen die stärker werdende Militärpräsenz in der indonesischen Provinz Papua protestiert. Organisiert hatte die Demonstration die erst kürzlich in London von zwei britischen Parlamentariern gegründete Nichtregierungsorganisation „International Parliament for West Papua“ (IPWP).

Die Menschen beklagen gegenüber der indonesischen Tageszeitung „Jakarta Post“ die Zunahme von schwer bewaffneten militärischen Einheiten (Tentara Nasional Indonesia, TNI, die Streitkräfte Indonesiens) in Dörfern und Kleinstädten. IPWP-Koordinator Buchtar Tabuni sagte, man habe ob der ständigen Anwesenheit

Bewaffneter das subjektive Gefühl, dass sich Papua im Krieg befinde. Die Aufgabe der TNI sei es jedoch, Papua vor Bedrohungen von außen zu schützen. Militärpräsenz in kleinen Dörfern sei dafür nicht nötig.

Das IPWP hat sich auf die Fahnen geschrieben, den so genannten „Act of free choice“ von 1969 vor den Vereinten Nationen einer Revision zu unterziehen. (*Radio NZ International* 04.11.08, <http://www.freewestpapua.org/i>)

Timor-Leste unterzeichnet den CTBT – Indonesien greift auf die Daten der Messstationen zurück

Timor-Leste: Am 26. September unterzeichnete Timor-Leste den „Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty“ (CTBT) und hob damit die Zahl der Unterzeichnerstaaten auf 180 an. Die Ratifizierung steht noch aus. Der Vertrag verbietet alle nuklearen Explosionen auf dieser Welt, egal ob diese vor militärischem oder friedlichem Hintergrund geschehen. Der Vertrag kann erst dann in Kraft treten, wenn alle 44 Staaten, die in der Anlage 2 des Vertrags festgeschrieben sind, unterzeichnet und ratifiziert haben. Bislang haben jedoch China, die Volksrepublik Korea, Indonesien, Ägypten, Indien, der Iran, Israel, Pakistan und die Vereinigten Staaten von Amerika nicht ratifiziert.

Am 10. November unterzeichnete Indonesien einen Vertrag über ein Tsunami-Frühwarnsystem mit der Kommission, die den Vertrag betreut (CTBTO). Das Frühwarnsystem unterstützt die indonesische Regierung dabei, Tsunamis noch früher zu erkennen. Damit kann das Internationale Überwachungssystem 90 % der Daten innerhalb von 30 Sekunden an die Zentrale in Jakarta senden. Mit den Philippinen, Japan und Australien wurden vergleichbare Abkommen abgeschlossen.

Die Ratifizierung des CTBT durch Indonesien wäre für das Inkrafttreten des Vertrages sehr wichtig. Kürzlich ließ Indonesien bei den Vereinten Nationen verlauten, dass ernsthafte Vorbereitungen zur Ratifizierung des CTBT unternommen würden.

Bei Inkrafttreten des Vertrages werden 337 Anlagen weltweit Daten liefern können, die eine nukleare Explosion in der Atmosphäre, unterirdisch oder in den Ozeanen offenbaren. Momentan zeichnen über 230 Stationen Messdaten für das Internationale Datenzentrum bei der CTBTO in Wien auf. Neben nuklearen Explosionen erfüllen die Messstationen auch eine wichtige gesellschaftliche und wissenschaftliche Aufgabe wie beispielsweise bei der Erforschung der Ozeane und des maritimen Lebens, des Klimawandels, von Vulkanausbrüchen oder bei der Flugsicherheit. Um die Daten der Messstationen zu beziehen, muss ein Staat kein Mitglied des CTBT sein. So greifen u. a. die USA auf die Daten der Messstationen zurück, ohne dass sie den Vertrag ratifiziert haben, ebenso wie Indonesien.

(Artikel von Katja Göbel. Quellen: Pressemitteilungen der CTBTO vom 29.09. und 11.11.; eigene Recherche)

Australische Soldaten verlassen Osttimor

Timor-Leste: Die bislang noch in Osttimor stationierten 650 australischen Soldaten sollen sukzessive abgezogen werden und in ihre Heimat zurückkehren. Das gab der australische Verteidigungsminister Joel Fitzgibbon jetzt bekannt. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit der „Demokratischen Republik Timor-Leste“ (Osttimor) am 20. Mai 2002 war die multinationale Friedensstruppe INTERFET (International Force East Timor) ins Land gekommen, um die Regierung beim Aufbau von Verwaltung, Politik und Militär zu unterstützen und den Frieden zu bewahren. INTERFET unterstand australischer Führung, aus dem Pazifik

beteiligten sich neuseeländische Soldaten an der Mission. Beide Truppenkontingente waren nach den blutigen Unruhen vom Mai 2006 erneut verstärkt worden, so dass die Friedenstruppe bis dato aus 1.000 Soldaten bestand, davon 650 Australier und 180 Neuseeländer. Auch Angehörige der „Mobile Force“ aus Vanuatu gehören zum Team.

Der neuseeländische Verteidigungsminister Phil Goff hat bereits mit dem Truppenrückzug begonnen und seine Truppenstärke von 180 auf 140 Soldaten verringert. (Flash d'Océanie 22.10.08, <http://www.osttimor.de/>)

Info: Der „Nuclear Free Future Award“ wird seit 1998 in den drei Kategorien Aufklärung, Widerstand und Lösungen vergeben. Er ist mit 10.000 € dotiert. Geehrt, unterstützt und ermutigt werden a) Indigene, die gegen die radioaktive Verseuchung ihrer Heimat kämpfen, b) Wissenschaftler und Journalisten, die über die Folgen radioaktiver Strahlung aufklären, c) Juristen, die Opfer der Atomindustrie vertreten, d) Politiker, die sich tatkräftig für eine atomfreie Zukunft engagieren und e) Initiativen und Gemeinden, die Alternativen zur Atomenergie erproben. (<http://www.nuclear-free.com/deutsch/marsh2008.htm>)

AUSTRALIEN

Jillian Marsh ausgezeichnet

Die Aborigine Jillian Marsh von der Adnyamathanha Nation ist am 24. Oktober im Münchner Rathaus mit dem „Nuclear Free Future Award“ geehrt worden. Marsh ist Mitglied der „Australian Nuclear Free Alliance“ und beschäftigt sich seit Jahren mit Australiens gängiger Praxis der Umweltverträglichkeitsprüfung in Sachen Uranabbau. Ihre Aufmerksamkeit galt dabei der vergleichenden Betrachtung von Wissenschaftsethik einerseits und indigenen Untersuchungsmethoden andererseits, also der Frage: Wie lösen Aborigines anders als Staat und Bergbaugesellschaften komplexe Umweltprobleme? Für ihre Aufklärungsarbeit rund um die Beverley Uranmine und weitere Uranabbaugebiete in Australien erhielt Marsh 1998 den Jill-Hudson-Umweltpreis. Zu ihren Erfolgen zählt ihr Anteil an der Durchsetzung der "Native Title Legislation" bei Exploration und Betrieb der Beverley-Uranmine. Dieser "Titel" besagt, dass traditionelle Rechte und Ansprüche der Ureinwohner vom australischen Landesrecht berücksichtigt werden.

Rahmenabkommen mit EU

Australien hat am 29. Oktober in Paris mit der Europäischen Union (EU) ein Rahmenabkommen über die weitere Zusammenarbeit unterzeichnet. Das so genannte „Australia-EU Partnership Agreement“ ist die Folge einer Reihe von Verabredungen und Treffen zwischen Vertretern der EU und Australiens in den letzten Jahren. Das Abkommen wurde zunächst für die nächsten fünf Jahre geschlossen. Es sieht eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, Klimawandel, nachhaltige Entwicklung sowie Forschung vor. Bei dem Treffen in Paris sprach der australische Außenminister Stephen Smith von einem „historischen Abkommen“. Europa sei der größte Investor in Australien, so dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und Australien von großer Bedeutung seien.

Seitens der EU sprach die österreichische Politikerin Benita Maria Ferrero-Waldner, die seit 2004 Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik in der EU-Kommission ist. Sie bezeichnete Australien als „Hauptdarsteller“ im gesamten asiatisch-pazifischen Raum und hob vor allem die Bedeutung Australiens als Partner im

gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus hervor.

Das Partnerschaftsabkommen nennt in einem Aktionsplan fünf Ziele für die nächsten Jahre:

1. Zusammenarbeit im Bereich Außenpolitik und weltweite Sicherheit
2. Verstärkung bilateraler Beziehungen in Handel und Investment
3. Koordinierung der asiatisch-pazifischen Länderbeziehungen
4. Zusammenarbeit in Energiefragen und Bekämpfung des Klimawandels
5. Engere Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, Bildung und technische Innovation.

Als weiteres Ziel nennt der Aktionsplan die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofes nur für die asiatisch-pazifische Region.

Das Partnerschaftsabkommen greift wichtige Punkte des bereits im Mai 2006 veröffentlichten Positionspapier der Europäischen Kommission mit dem Titel „Die Beziehungen zwischen der EU und den Pazifik-Inseln - Eine Strategie für eine verstärkte Partnerschaft“ auf. Diese Strategie enthält drei Hauptpunkte:

- 1) Intensivierung der politischen Beziehungen in Bereichen gemeinsamen Interesses (z.B. globale Sicherheit, Handel, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie Umwelt)
- 2) Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Schwerpunkt auf der regionalen Zusammenarbeit
- 3) Steigerung der Effizienz der Hilfeleistungen. Diese Hilfeleistungen - sprich Entwicklungshilfezahlungen - konzentrieren sich auf die drei Schwerpunktbereiche: Regierungsführung, Regionalismus und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen. (<http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r12556.htm>, [ABC online www.foreignminister.gov.au](http://www.foreignminister.gov.au))

Tsunami-Frühwarnzentrum eröffnet

Der australische Umweltminister Peter Garrett und Energieminister

Martin Ferguson haben Ende Oktober das erste Tsunami-Frühwarnzentrum in der Stadt Melbourne eröffnet. Das 69 Millionen AUS \$ teure Zentrum trägt den Namen „Joint Australian Tsunami Warning Centre“ (JATW) und wird gemeinschaftlich betrieben vom Nationalen Amt für Meteorologie und dem Institut für Geophysik „Geoscience Australia“. Das Zentrum ist angeschlossen an ein Netzwerk von Frühwarnsystemen, das über den gesamten pazifischen Raum verteilt ist und dessen Aktivitäten von Hawai'i aus koordiniert werden. Hier in Peal Harbour befindet sich das „Pacific Tsunami Warning Centre“, das innerhalb von Minuten alle Pazifikstaaten vor Seebeben und dadurch ausgelösten „Monsterwellen“ warnen kann. Weltweit unterstehen alle Tsunami-Frühwarnzentren der „UNESCO Intergovernmental Oceanographic Commission“.

Minister Ferguson betonte die Bedeutung des Frühwarnsystems, da ein Großteil der australischen Bevölkerung unmittelbar an der Küste oder in Küstennähe wohnt. Innerhalb von 30 Minuten nach der Messung eines Unterseebebens könnte man alle Küstenstädte informieren und notfalls für eine Evakuierung der Bewohner sorgen, erklärte Ferguson.

Das JATW kooperiert eng mit den indonesischen Frühwarnsystemen. Bereits im Sommer des Jahres hatten sich die Regierungen beider Länder abgesprochen, zukünftig im Bereich der Tsunami-Vorhersagen auf technischer Ebene zusammenzuarbeiten. (Flash d'Océanie 04.11.08, <http://www.bom.gov.au/tsunami/>)

SPORT

Behinderter Sportler ausgezeichnet

Der Neuguineer Francis Kompaon ist für seine Silbermedaille bei den Paralympics in Beijing (China) mit 250.000 Kina (ca. 80.000 €) belohnt worden.

Premierminister Michael Somare hatte den behinderten Athleten bei ihrer Verabschiedung nach China im Sportkomplex von Wewak (Provinz East Sepik) Geldprämien für Siege versprochen. So sollte ein Goldmedaillengewinner mit 500.000 Kina belohnt werden, eine Silbermedaille mit 250.000 Kina.

Der armamputierte Kompaon trat über 100 Meter Sprint (Kategorie T42) an und kam mit 11,10 Sekunden nach dem Australier Heath Francis ins Ziel. Erstmals konnte ein behinderter Sportler aus dem Pazifik eine Medaille bei Olympischen Spielen erringen. Sir Somare sagte, der 22-jährige Kompaon habe bewiesen, dass neuguineische Sportler in internationalen Wettkämpfen bei gutem Training und den richtigen Voraussetzungen durchaus gewinnen könnten.

Der aus Rabaul (Neubritannien) stammende Kompaon hatte zum Einzug der Athleten bei der Eröffnung der Paralympics die Fahne Papua-Neuguineas getragen und war zudem einer von 15 ausgewählten Fackelträgern bei dem Lauf der olympischen Fackel durch Beijing. (Wantok 29.09.08, <http://results.beijing2008.cn/WRMP/ENG/BIO/Athlete/2/1208712.shtml>)

Australier gewinnt Ironman

Der 35-jährige Australier Alexander Craig („Crowie“) ist der diesjährige Gewinner des Ironman auf Hawai'i. Craig legte die 3,86 km im Schwimmen, die 180 Kilometer

Radfahren und die 42,195 km Marathonlaufen in 8 Stunden 17 Minuten und 45 Sekunden zurück. Zweiter wurde mit 8:20:50 der Spanier Eneko Burguera Llanos. Der hochfavourisierte Australier Chris McCormack musste wegen einer Reifenpanne aufgeben. Der Münchner Faris Al-Sultan, Gewinner des Ironman Hawai'i 2005, kam diesmal nur auf Platz elf, gefolgt auf Platz 12 von dem deutschen Triathleten Normann Stadler.

Bei den Frauen gelang der Deutschen Sandra Wallenhorst mit 9:22:52 ein guter dritter Platz, nach der Britin Chrissie Wellington (09:06:23) und der Niederländerin Yvonne Van Vlerken (09:21:20).

Info: Der Ironman ist die längste ausgetragene Langstrecken-Distanz im Triathlon auf kommerzieller Basis. Seit 2006 ist der Triathlon auf Hawai'i als Weltmeisterschaft ausgeschrieben und vom Weltverband „International Triathlon Union“ akzeptiert. Startplätze für Hawaii werden bei den Rennen getrennt für Profis und Amateure, nach Geschlecht und Altersklasse vergeben. Die Anzahl der Startplätze pro Rennen bestimmt die „World Triathlon Corporation“. Die Plätze im Rennen werden dann nach Größe der Klasse vergeben. Seit Jahren stellt der deutschsprachige Raum (Deutschland, Schweiz und Österreich) nach den USA überwiegend das größte Starterfeld für das Rennen in Kailua-Kona auf der Insel Hawai'i. Des Weiteren werden 200 Startplätze verlost, wobei 150 Plätze für US-Amerikaner reserviert sind.

Den Rekord über die Ironman-Distanz hält die Niederländerin Yvonne van Vlerken mit 8:45:48 h. Luc Van Lierde aus Belgien stellte 1997 beim Ironman Europe im mittelfränkischen Roth die noch heute gültige Weltbestzeit der Männer von 7:50:27 h auf. (<http://ironman.com/>, <http://www.craigalexander.net/>, <http://www.funssporting.de>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Maui wiederholt weltschönste Insel

Hawai'i: Bereits zum 14. Mal haben die Leser des amerikanischen Lifestyle-Magazins „Condé Nast Traveler“ die hawaiische Insel Maui zur schönsten Insel der Welt gewählt. Mit 89,5 Punkten toppte Maui sogar das mit 87,2 Punkten als schönste pazifische Stadt bewertete Sydney. Auf den weiteren Plätzen der schönsten Inseln folgten Kauai (ebenfalls Hawai'i), Bora Bora (Französisch-Polynesien), das Great Barrier Reef (Australien) und Moorea (Frz.-Polynesien).

Keli'i Brown, der Marketingdirektor des „Maui Visitors Bureau“, äußerte sich hochofrenet über den wiederholten Wahlsieg. Die Auszeichnung spiegle die Besonderheiten der hawaiischen Insel wie die einzigartige Natur und die Gastfreundschaft der Insulaner wider.

Info: Das seit 1987 vom Verlag Condé Nast Publications in New York herausgegebene Hochglanzmagazin ist auf Luxusdestinationen für schwerreiche Menschen spezialisiert. In den Ausgaben des Magazins werden Luxus-hotels und Luxusprodukte vorgestellt. Eine Besonderheit des Magazins ist es, dass die Autoren unangekündigt und auf eigene Kosten Produkte testen. Einmal jährlich sind die Leser des Magazins aufgerufen, in den Kategorien „Städte, Inseln, Fluglinien, Kreuzfahrtschiffe, Hotels und Spas sowie Mietwagenfirmen“ ihren Favoriten zu wählen. (*Condé Nast Traveler online, The Maui News 10.11.08*)

Älteste Australierin

Australien: Emily Beatrice Riley, genannt „Bea“, ist Mitte Oktober in einem Altersheim in Melbourne als älteste Australierin geehrt

worden. Dazu erhielt sie überraschenden Besuch vom australischen Premierminister Kevin Rudd und der Ministerin für Jugend, Familie und Senioren, Frau Justine Elliot. Riley wurde am 13. Oktober 1896 in dem Dorf Poowong im Osten des Bundesstaates Victoria geboren. Auf der Rangliste der ältesten Personen weltweit steht sie mit ihren 112 Jahren an 30. Stelle. (*Flash d'Océanie 14.10.08, Heidelberg Leader News 22.10.08*)

Jubiläum des BridgeClimb

Australien: Zum 10-jährigen Jubiläum des BridgeClimb in Sydney haben die Veranstalter einen neuen Rekord gebrochen und einen Eintrag im „Guinness Buch der Rekorde“ erzielt. Anlässlich des 10. Geburtstages der spektakulären Kletteraktion auf der Harbour Brücke im Hafen der Metropole trugen 137 Kletterer je eine Flagge auf den Brückenbogen. Jede Flagge repräsentierte dabei einen Teil der Welt, aus dem die Kletterer stammen, die bisher die Brücke erstiegen haben. Bisher hat der Veranstalter des BridgeClimb 2,2 Millionen Kletterer aus der ganzen Welt sicher zum höchsten Punkt des australischen Symbols geführt. Der Gründer des Kletterevents, Paul Cave, äußerte sich mit Stolz über die Verbesserungen, die sein Team in den letzten Jahren eingeführt habe. So könne man heute zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten auf die Brücke klettern. Auch ist das Klettererlebnis nicht mehr nur guten Sportlern vorbehalten. Jeder, der älter als zehn Jahre ist und über eine mittelmäßige Kondition verfügt, kann die Brücke im Team erklimmen. So trug denn auch bei dem Jubiläum das zehnjährige australische Mädchen Nicola Futeran aus Bondi Beach die australische Flagge zum höchsten Punkt der Brücke. (*Australien Info Newsletter 06.10.08, Youtube Video*)

Saisonöffnung mit australischer Sängerin

Ischgl: Die österreichische Gemeinde Ischgl feierte am 29. November die Eröffnung der Wintersaison mit Australiens jüngstem musikalischen Exportschlager, der Sängerin Gabriella Cilmi. Beim „Top of the Mountain Opening Concert“ standen mit Leona Lewis, Jenniffer Kae und Gabriella Cilmi gleich drei bekannte Stars auf der Bühne.

Die australische Neuentdeckung Gabriella Cilmi lieferte mit ihrem Lied „Sweet about me“ den Ohrwurm des Jahres 2008. Bei der Auszeichnung des australischen Musikindustrieverbandes ARIA im Oktober des Jahres bekam die Sängerin sechs Auszeichnungen. Die erst 17-jährige gewann u. a. in den Kategorien „Künstlerin des Jahres“, „Single des Jahres“ sowie „Highest Selling Single“.

Ischgl - nicht zu verwechseln mit dem Kurort Bad Ischl - ist eine Gemeinde in Tirol mit etwa 1.500 Einwohnern und 10.600 Gästebetten. Die Gemeinde liegt auf 1.377 m Seehöhe im Paznaun zwischen der Silvretta und der Verwallgruppe. Das einstige Bild eines Bergbauerdorfes ging in den letzten Jahrzehnten zugunsten einer Hotelsiedlung völlig verloren. Ischgl gilt heute als Synonym für Massentourismus und Event-Tourismus im Après-Ski.

Drei große Popkonzerte bilden neben weiteren Events Fixpunkte jeder Wintersaison. So stehen sowohl zum Opening als auch zu Ostern und dem Saison-Finale internationale Stars der Musikbranche im Rahmen der "Top of the Mountain Concerts" auf der Bühne. Es traten bereits Elton John, Tina Turner, Diana Ross, Sting, Rod Stewart, Bon Jovi, Status Quo, Pink, Alanis Morissette, Peter Gabriel, Anastacia, the Pussycat Dolls, Melanie C, die Scissor Sisters und Rihanna in Ischgl auf. (*www.ischgl.com, Australian Newsletter 21.10.08*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

Frauentreffen in Madang

Die Frauen von Papua-Neuguinea wehren sich dagegen, nach Sitte ihrer Vorfahren gefangen und in ihren Rechten eingeschränkt zu sein. Mehr als 2.000 Frauen der ELC/PNG trafen sich vom 13. bis zum 19. September beim nationalen Frauentreffen in Baitabag bei Madang. Sie bemühten sich, einen Weg zu finden, wie verhindert werden kann, dass Frauen und ihre Kinder Schaden nehmen, ihre Arbeit nicht anerkannt und ihr Besitz weggenommen wird. Die Kultur von Papua-Neuguinea grenze die Frauen in ihren Rechten noch deutlich ein, sie dürften keine Entscheidungen bezüglich ihrer Familie treffen. Die Frauen entschlossen sich, diese Begrenzungen zu sprengen und auch typische Männeraufgaben zu übernehmen. Dr. Michael Wan Rupulga, ein Lehrer am Martin-Luther-Seminar in Lae, forderte die Männer auf, dabei behilflich zu sein und für eine gute Zusammenarbeit mit den Frauen zu sorgen. Vergewaltigung von Frauen und Kindern in Papua Neuguinea müsse aufhören, denn auch sie hätten dasselbe Lebensrecht. Der Gouverneur von Madang, Sir Arnold Amet, versprach eine Gesetzesänderung, so dass zwei Frauen als Abgeordnete an der „Provinzversammlung“ teilhaben können statt wie bisher nur eine. Bei dem Treffen waren auch neun Frauen aus Amerika und Bayern anwesend. (*Wantok Nr. 1782/3*)

Pfarrer begleiten HIV/Aids Training

Mehr als 50 Kirchenrepräsentanten haben einen einwöchigen

HIV/Aids Workshop in Ukata (Kabwum/Morobe Provinz) abgeschlossen. Der Workshop fand vom 6. bis zum 10. Oktober statt und wurde vom Partnerschaftsprogramm der ELC-PNG finanziert. 58 Teilnehmer aus Madang, Kabwum und Tewai/Siassi wurden dazu ausgebildet, das Bewusstsein für HIV/Aids im Distrikt Ukata zu erweitern. Unter den Teilnehmern waren Pfarrer, Evangelisten, Jugendliche, Frauen und auch sechs Häftlinge. Die Leitung hatte der Mitarbeiterstab der ELC-PNG „Lutheran Life Care“ inne. Das Training wollte aufzeigen, dass die einzige Vorbeugung gegen Aids mittels Jesus Christus und der Bibel im christlichen Glauben und in der Treue gegenüber einem Partner liege. Außerehelicher Sex bringe ein hohes Risiko für HIV-Übertragung mit sich. Die Organisatoren sprachen sich deutlich gegen die Benutzung von Kondomen aus, da diese nur außerehelichen Sex förderten. Kondome seien in puncto Familienplanung einsetzbar, aber nur zwischen rechtmäßigen Ehepartnern. Abschließend wurde ein Komitee aus 20 Teilnehmenden gegründet und Bun Epe Arara zum HIV/Aids-Koordinator für den ELC Ukata-Distrikt gewählt. (*Post-Courier 04.11.08*)

AUS DER KATH. KIRCHE

Katholische Erzdiözese weist Siedler aus

Die katholische Erzdiözese von Rabaul (Provinz East New Britain) hat mit Hilfe der Polizei begonnen, illegale Siedler von kircheneigenem Land zu vertreiben. Zunächst waren das Commercial Centre in Takubar und Plantagen in Takubar und Palnakaur betroffen. Die Siedler mussten ihre Sachen packen und gehen. Einige wurden am Strand in Vunapope mit ihrem Hab und Gut stehend gesehen. Mit Hilfe von Bulldozern ließ die Erzdiözese die Gärten verwüsten und die Gebäude demolieren. Zusätzlich überprüfte die Polizei, ob Siedler versuchten, zurückzu-

kommen. Ein Sprecher der Diözese rechtfertigte die Aktion damit, dass zuvor viele Warnungen ausgesprochen worden seien. Die Kirche habe illegale Einwanderung, Diebstahl und Zerstörung von Eigentum lange genug ertragen. Wenn Menschen sich ohne die Berechtigung seitens der Kirche auf Plantagen ansiedelten, dann sei das nicht tragbar. Die Polizei sei eingeschaltet worden, um die Aktion rechtmäßig durchzuführen. Die Kirche sei aber bereit, das Land wieder an Menschen aus Takubar, Livuan, Bitagalip, Ramale, Kabaleo und Palnakaur zu verkaufen. Gruppen aus der Bevölkerung forderten die Erzdiözese nun zu Diskussionsrunden auf. Joseph Bonga, der Vorsitzende der „Takubar Indigenous Land Rights Association“, forderte die Kirche auf, mit den Menschen zu sprechen, statt sie per Polizei auszuweisen. Solche Ausweisungen verursachten zudem mehr Probleme als Lösungen. Außerdem seien Verhandlungen bezüglich Grund und Boden eine Sache, die vor einem Gericht geklärt werden müssten. Bruno Tailam, Vorsitzender des „Mukuramainga Clan Land“, kritisierte, dass die Erzdiözese, eine eigentlich karitative Einrichtung, die Rechte der Einheimischen, wie z. B. das Geburtsrecht auf Land, missachte und ihr Land lieber an Fremde oder finanzstarke Menschen verkaufe. Damit schaffte sie Armut in der eigenen Bevölkerung. (*The National 05.11.08*)

† Alfons Hesse

Am 30. Juni 2008 verstarb Alfons Hesse im Alter von 78 Jahren in seinem Wohnort Werl bei Münster. Er war der Bruder von Erzbischof Karl Hesse, dem leitenden Bischof der Erzdiözese Rabaul (Provinz Neubritannien). 25 Jahre lang setzte sich Hesse im „Freundeskreis MSC-Ozeanien“ für das Erzbistum Rabaul ein. Er war auch sonst vielfältig tätig, leitete Führungen bei Ausstellungen für die Sache Mission, arbeitete ehrenamtlich im Eine-Welt-Laden

seiner Kirche und engagierte sich im Seniorenheim Haus Amadeus. Für diese Tätigkeiten erhielt er im Februar 2006 die Ehrennadel der Stadt Werl. (*Hiltruper Monatshefte Okt. 2008*)

ÖKUMENE IN PNG

Neuer Kurs an der LUPNG

Die „Lutheran University of PNG (LUPNG)“ und die „Charles Sturt University of New South Wales“ (CSU) aus Australien haben einen Vertrag unterzeichnet, um ein „online Masters of Education Project (MEP)“ für Dozenten des „Balob Teachers College“ durchzuführen. Mit diesem Programm können 23 ausgewählte Dozenten ihre fachlichen Qualifikationen verbessern. Der Vorsitzende des Komitees der LUPNG, Rimbik Pato, bezeichnete diesen Schritt als großen Meilenstein in der Geschichte der Ausbildung seitens der evangelischen Kirche, da jetzt die Kapazität vorhanden sei, Dozenten in eigenen Einrichtungen auszubilden.

LUPNG gehe alle notwendigen Schritte, um notwendiges Fachwissen aus Übersee einzuholen und zusätzlich die fachgerechte Kapazität an der LUPNG zu entwickeln, bevor die Universität vollständig gebildet und betriebsbereit wird. Es sei wichtig zu gewährleisten, dass das nötige Personal vorhanden sei, damit die Universität für die jungen Menschen in Papua-Neuguinea Realität wird. 60 - 70 % des von der Regierung zur Verfügung gestellten Geldes (drei Millionen Kina) sollen für dieses Programm verwendet werden. Mitglieder der CSU betonten vor allem, dass durch dieses Projekt die Zusammenarbeit zwischen Universitäten in Australien und PNG verstärkt werde und dadurch auch außerhalb Australiens eine universitäre Ausbildung möglich sei. (*The National 03.09.08*)

† Anglikanischer Bischof

Am 6. Juli 2008 verstarb der anglikanische Erzbischof Sir George Ambo im Krankenhaus von Popondetta. Vorwürfe, dass der Verstorbene dem Kago-Kult nahegestanden habe und sich dadurch bereichern und selbst erhöhen habe wollen, wies der Bischof der Diözese in Popondetta, Joseph Kopapa, deutlich zurück. Ambo habe sich stets um die anglikanischen Kirchenmitglieder gekümmert, die die Nähe zur Kirche verloren hätten, und sich von solchen falschen Tätigkeiten ferngehalten. Man sollte damit aufhören, seinen guten Ruf durch Gerüchte zu ruinieren. (*Wantok Nr. 1773*)

Neues Testament auf Iplili

Unter der Leitung von Dr. Terry Borchard haben 30 Einheimische der „Good News Lutheran Church“ in Pogera (Enga Provinz) das Neue Testament in ihre Stammessprache Iplili übersetzt. Am 13. August 2008 wurde dann erstmals aus der neuen Bibel vorgelesen. Die Gemeinde erhielt Glückwünsche von den benachbarten Katholiken und der Pfingstgemeinde. Für ihre 30-jährige Arbeit erhielten die Übersetzer sechs Millionen Dollar Fördergelder. (*Wantok Nr. 1779*)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Weltjugendtag in Sydney

Australien: Dieses Jahr fand der 23. „World Youth Day“ der katholischen Kirche vom 16. bis zum 20. Juli in Sydney statt. Ca. 250.000 Jugendliche aus 170 Ländern der Welt reisten dazu nach Australien. Betont werden sollte vor allem der friedliche Ablauf der Veranstaltung, den der Kardinal der katholischen Kirche von Australien, George Pell, in seiner Abschlussrede besonders lobend hervorhob. Pater Nick de Groot, Nationaldirektor des Päpstlichen Missionswerkes und Sekretär der Bi-

schofskonferenz von Papua-Neuguinea, war der Meinung, dieses Treffen habe die jungen Menschen in ihrem Glauben deutlich bestärkt. Jugendliche aus Papua-Neuguinea, die an der Veranstaltung teilnehmen durften, zeigten sich besonders beeindruckt von der Anwesenheit des Papstes, der extra nach Australien gereist war und auf Wunsch einer Neuguineanerin die Insel Neuguinea segnete. (*Wantok Nr. 1774*)

Australischer Priester verurteilt

Australien: Ein australischer Priester, der früher in Papua-Neuguinea gearbeitet hatte, wurde in der Stadt Geelong (Victoria) wegen mehrfacher Kindesbelästigung zu vier Jahren Haft verurteilt. Der 62-Jährige war schon wegen Missbrauchs eines noch nicht 16-jährigen Kindes, Beschaffen von Kinderpornographie für Jüngere und Besitz von Kinderpornographie vorbestraft. Die Justiz wurde auf ihn aufmerksam, als er sein Handy, das Bilder von nackten Kindern enthielt, einem Gemeindeglied weitergab, das Anzeige erstattete. Seine Opfer, darunter auch Jungen, hatte der Verurteilte stets nach dem Fotografieren mit Geschenken überhäuft. (*The National 05.11.08*)

Kirche gegen Akzeptanz von Homosexualität

Neuseeland: Homosexualität ist in weiten Teilen des Pazifiks noch ein gesetzlich verbotenes Vergehen. (wie z.B. auf den Cookinseln, Kiribati, Papua-Neuguinea und Samoa).

Nun gibt es Forderungen, Homosexualität nicht mehr als Verbrechen anzusehen. Auf dem kürzlich stattgefundenen „Pan Pacific Gathering for HIV Positive People“ im neuseeländischen Auckland wurden Stimmen laut, derartige Gesetze aufzuheben. Einer der Organisatoren dieser Konferenz,

Bruce Kilmister, Geschäftsführer von „Body Positive“ in Neuseeland, appellierte an die Kirchen, die sich zuvor deutlich von solchen Vorschlägen distanziert hatten, sie sollten doch auf die tiefgreifendste Botschaft des Christentums zurückkommen, jeden so zu akzeptieren, wie er sei. Das Gesetz gehöre schließlich nicht in die Schlafzimmer der Menschen. Zusätzlich sei es gerade in von HIV und Aids betroffenen Gebieten der Gesundheit der Menschen nicht gerade zuträglich, Homosexualität zu verbieten.

Das Oberhaupt der „Congregational Christian Church of Samoa“ (CCCS) jedoch kündigte an, dass diese Bemühungen auf starken Widerstand seitens der Kirche stoßen werden. Der kirchliche Generalsekretär der CCCS, Dr. Intisone Salevao, betonte, Homosexualität sei moralisch verwerflich und müsse ein Verbrechen bleiben. Sowohl biblisch als auch theologisch sei ausschließlich die Verbindung zwischen Mann und Frau akzeptabel. *(ABC 09.09.08)*

Erzbischof erhält Ehrenorden

Vanuatu: Der Erzbischof der melanesischen Kirche (Church of Melanesia), Sir Ellison Pogo, wurde für seinen langjährigen Dienst in Vanuatu mit einem Silbermedaillon, das ihn als Mitglied des Ordens von Vanuatu auszeichnet, geehrt. Er ist seit 27 Jahren in Vanuatu tätig, davon 14 Jahre als Erzbischof. Der Ehrung wohnten Vanuatus Präsident, der Premierminister sowie staatliche und kirchliche Würdenträger bei. Erst kürzlich hatte Pogo für seine Dienste in der melanesischen Kirche eine der bedeutendsten Auszeichnungen der anglikanischen Kirche erhalten, das Kreuz des St. Augustin. Es war ihm vom Erzbischof von Canterbury, Dr. Rowan Williams, verliehen worden. *(Pacific Islands Report 05.11.08)*

Sir Nathaniel schließt Festival mit einem Appell

Salomonen: Der Generalgouverneur der Salomonen, Sir Nathaniel Waena, hat das einwöchige „International Prayer and Cultural Festival“ in Bundaberg formell beendet. Das Festival mit dem Namen „Awakening the Nations“ war von international anerkannten Evangelisten begleitet worden, z.B. von Reverend Graham Sercombe, Rev. Jim Newton, Dr. John Fain und dem Oberhaupt der „South Seas Evangelical Church in Solomon Islands“ (SSEC), Pfarrer Eric Takila. Sir Nathaniel forderte die 200 Pilger von den Salomonen und die anderen Christen aus dem Pazifik, Asien und Australien auf, die Beibehaltung der grundlegenden Prinzipien der Christenheit weiter zu betreiben. Höhepunkte bei der Abschlusszeremonie waren sowohl Auftritte von singenden und tanzenden Gruppen von den Pazifikinseln als auch eine Nachstellung der Ankunft des Evangeliums auf den Salomonen. Nathaniel Waena bezeichnete abschließend das gesamte Festival als eine Förderung des spirituellen Erwachens aller Menschen auf den pazifischen Inseln. Dieses Erwachen bestehe in der Suche nach rechtschaffenen Lösungen für die Probleme in der Welt. *„Alle sollten unsere sterbende Welt mit der kompromisslosen Kraft des heiligen Geistes unseres allmächtigen und ewigen Gottes erhellen“*, betonte er. *(Solomonstar News 13.10.08)*

Bibelübersetzung auf Luqa

Salomonen: Dr. Alpheaus Zobule stammt von der kleinen Insel Rannonga in der Westprovinz der Salomonen. Ursprünglich wollte er Ingenieur werden, sattelte dann aber auf Theologie um. Er studierte zunächst in Dallas (Texas) im theologischen Seminar, wo er seinen Master absolvierte. Dann wechselte er, um möglichst gut hebräisch zu lernen, an das „Je-

rusalem University College“ und an die „Hebrew University“ in Israel. Einen weiteren Abschluss erhielt er am „Trinity Theological College“ in Singapur, um schließlich in den USA an der „Union Theological Seminary and Presbyterian School“ seinen Doktor in Philosophie zu machen. Neben diesem sehr intensiven Studium machte er sich bereits in Texas daran, das neue Testament in seine Muttersprache Luqa zu übersetzen. Diese sehr große Herausforderung – Luqa war eine rein orale Sprache und er musste sie in eine schriftliche Form bringen – meisterte er gekonnt und dieses Kunststück erregte in den USA Aufmerksamkeit, wo seine Geschichte als Artikel in der Washington Post erschien.

Zobule arbeitet heute als erster von einer pazifischen Insel stammender Übersetzungsratgeber für die „United Bible Societies“, eine Organisation, die sich der Übersetzung und Verbreitung der Bibel weltweit widmet. Der pazifische Hauptsitz dieser Organisation ist in Fidschi. *(Islands Business 08.09.08)*

Papua-Kirchen wenden sich an Menschenrechtsrat

Westpapua: In einem Schreiben vom 29. Oktober 2008 wenden sich Kirchen und Menschenrechtsorganisationen aus Papua an den Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates für Folter, Prof. Dr. Manfred Nowak. Sie schildern 13 Fälle von schwerer Folter, verübt von indonesischem Militär, Polizei sowie Gefängnispersonal. Alle Fälle ereigneten sich während der letzten sechs Monate. Das Schreiben ist mitunterzeichnet von sieben internationalen Menschenrechtsorganisationen.

Am 18. Mai 2008 zwangen acht Marinesoldaten einen jungen Papua und seine Freundin, sich am Strand von Hamadi – ganz in der Nähe der Marinebasis - auszuziehen und Geschlechtsverkehr zu haben. Sie wurden geschlagen,

getreten und bedroht, bis sie den Forderungen der Soldaten nachkamen. Die Soldaten schlugen sie nicht nur, sondern berührten auch die Brüste und Genitalien der jungen Frau. Nachdem man die beiden freigelassen hatte, meldeten diese den Vorfall der Wache. Doch diese wollte den Fall gar nicht zu Kenntnis nehmen und sagte: „Ihr werdet schon etwas verbrochen haben, wenn man euch so bestraft...“. Am nächsten Tag meldeten die beiden den Vorfall der Militärpolizei. Sie konnten auch den Anführer der Gruppe, der sich selbst als Dayak bezeichnet hatte, identifizieren. Von einer Bestrafung der Täter ist nichts bekannt geworden.

Mit der Schilderung dieses Falles beginnt der Bericht. Er endet mit dem Bericht über die Misshandlung des Inhaftierten Ferdinand Pakage. Ihm wurde am 22. September 2008 von einem Gefängnisaufseher in Abepura ein Auge zertrümmert. Das Auge ist für immer verloren. Ferdinand Pakage verbüßt eine Haftstrafe von 15 Jahren, weil ihm Gewalt und Widerstand gegen Sicherheitskräfte während einer Demonstration am 16. März 2006 vorgeworfen wurde.

Manfred Nowak besuchte im November 2007 Westpapua. Er hatte schon in seinem Bericht für den UN-Menschenrechtsrat dringend gefordert, dass Indonesien Folter seitens der Sicherheitskräfte unter Strafe stellen soll. (*West-Papua-Netzwerk 14.11.08*)

LWF bestärkt Ordination von Frauen

Schweiz: Die „Lutheran World Foundation“ hat die Kirchen aufgefordert, ihre Türen für Pfarrerinnen zu öffnen und die Arbeit von Frauen in ihren Gemeinde zu würdigen. Bei ihrem Genfer Vorbereitungstreffen für das 11. LWF-Treffen im Juli 2010 ermutigten die Leiterinnen Kirchen, die der Tätigkeit von Pfarrerinnen kritisch gegenüberstehen, ihre Meinung

zu überdenken und in der Ordination von Frauen eine positive Entwicklung in der Ökumene und keine neue Problemquelle zu sehen. Frauen von Mitgliedsgemeinden der LWF aus Afrika, Asien, Europa und Nordamerika baten alle Gemeinden um Vorschläge für 2010, wie man Kirchen dazu bringen könnte, ordinierte Frauen zu akzeptieren. (*Wantok Nr. 1778*)

MISSION EINEWELT INTERN

Spendenaufruf

Sehr geehrte Leserinnen und Leser der „pazifik aktuell“,

gerne senden wir Ihnen die „pazifik aktuell“ vierteljährlich zu.

Mission EineWelt, das Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, trägt hierfür die Herstellungs- und Versandkosten. Das Centrum bittet Sie, an Stelle einer Kostenerstattung seine missionarischen und sozialen Aufgaben in Papua-Neuguinea, Fidschi und anderen Ländern des Pazifiks durch eine Spende (**Spendenkonto bei der EKK Kassel, BLZ 520 604 10, Konto 10 11111**) zu unterstützen. Ihre Spende fließt ohne Abzug von Verwaltungskosten direkt in die Projektarbeit in unseren pazifischen Partnerländern.

Spenden sind steuerlich absetzbar. Für Beträge bis 200,- Euro genügt für das Finanzamt der abgestempelte Überweisungsabschnitt, für Beträge ab 200,- € stellen wir eine Zuwendungsbesätigung aus. Vielen Dank!

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Islands Business
• Flash d'Océanie • National
• Oceania Flash • Pacific Beat
• Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand
• Sydney Morning Herald • Tahitipresse • The Lutheran • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE



**Mission
EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120